

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M.
(davon 67 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3.97 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren- und 72 Pf. Postbestellge-
bühren. Auslandsabonnement 5.65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckfacilenporto 4.65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
4. Februar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Millimeterzeile 30 Pf.
Zweifach 2. — „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf.
(schliefen zwei festgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 10 Pf. Rabatt ist Karst,
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-
zeile 25 Pf. Familienanzeigen Milli-
meterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3,
wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
lehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Rechn.-Nr. Dönboll (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3 St. B. u. Dis.-Ges., Depositent., Jerusalemstr. 65-66.

Gendarm von Hildburghausen!

Adolf Hitlers Beförderung zum Parteibuchbeamten von Fricke's Gnaden.

Die thüringische Staatsregierung hat der Reichs-
regierung Dokumente übermittelt, aus denen her-
vorgeht, daß Minister Dr. Fricke im Juni 1930
unter Hintergehung seiner Ministerkollegen Adolf
Hitler zum Gendarmeriekommissar von
Hildburghausen ernannt hat, um ihm auf diese
Weise die deutsche Staatsangehörigkeit zuzuschicken.

Die Reichsregierung hat diese Dokumente der
Öffentlichkeit übergeben. Wir veröffentlichen diese
Dokumente auf der zweiten Seite.

Adolf Hitler läßt erklären, daß Fricke ohne sein
Wissen gehandelt habe, und daß er die Einbürge-
rung auf diesem Wege abgelehnt habe.

Gendarm Hitler.

Die Schiebung mit der Staatsangehörigkeit.

In Schillers „Kabale und Liebe“ klappt der stolze Prä-
sident eines deutschen Duodez-Fürstentums esend zusammen,
als sein Sohn ihm droht, den Leuten eine Geschichte zu er-
zählen, wie man Präsident wird. In Thüringen wäre
der Naziminister Fricke vor einem Jahre ebenso klein und
häßlich geworden, wenn ihm sein Ministerialrat Entwürfe
darüber angefündigt hätte, wie man in Thüringen
deutscher Staatsbürger wird, um zur Präsi-
dentenschaft kandidieren zu können.

Diese tolle Schiebung, durch die Adolf Hitler, dem
Staatenlosen, insgeheim die deutsche Staatsangehörigkeit
von seinem Parteifreund Fricke zugeschanzt werden sollte,
liest sich wie ein Stück aus der Komödie, man würde ihre
Wahrheit bezweifeln, wenn nicht die Reichsregierung die
Urkunden darüber publiziert.

Herr Fricke ist auf dem Gebiete amtlicher Geheimtätigkeit
kein Neuling. Er hat Rechtsradikalen als Münchener Polizei-
beamter Pässe, auf falschen Namen lautend, ausgestellt.
Wenn dies ein Privatmann tut, so ist es schwere Urkunden-
fälschung, aber der Polizei ist es gestattet; es ist eine deli-
kate, aber nach dem Urteil deutscher Gerichte zulässige Hand-
lung. Immerhin glauben wir, daß eine ganze Reihe von
Polizeistellen in dem „marxistisch verseuchten“ Preußen der-
artige Amtshandlungen, wie sie bei Fricke zu den Alltäglich-
keiten zählten, ablehnen würden. Aber man bleibt halt
nicht umsonst während des ganzen Krieges im trauten
Pirmasens und übt sich, während die Frontkrieger
draußen Patrouillen und Schleichgänge gehen, in den Fein-
heiten der amtlichen Schliche.

Kraft dieser Kenntnisse hat es Herr Fricke während seiner
Ministertätigkeit in Thüringen unternommen, Adolf Hitler
auf dem Wege über eine Beamtenernennung in
Deutschland einzubürgern. Hitler hat seine österreichische
Staatsangehörigkeit seinerzeit verloren, weil er sich der
Dienstpflicht entzog und auswanderte. Er
wurde dadurch staatenlos. Die deutsche Staatsangehörigkeit
hätte er durch Verleihung erwerben können. Es ist aber
hierzu die Zustimmung nicht nur des einbürgern-
den Landes, sondern auch der übrigen Länder notwendig. Erhebt ein
Land gegen eine Einbürgerung Einspruch, so entscheidet der
Reichsrat.

Hitler ist bekanntlich wegen Hochverrats gegen das
Deutsche Reich, begangen im November 1923, rechtskräftig
vorbestraft, mit Fug und Recht hätte gegen seine Einbürger-
ung jede republikanische Regierung Einspruch erheben
müssen. Da man dies vorausahnte, so wählten die Nazis
einen anderen Weg. Nach der Verfassung erwirbt nämlich
jeder Ausländer durch die Ernennung zum Reichs- oder
Staatsbeamten ohne weiteres die Staatsangehörig-
keit. Hier war die Lücke im verfassungsrechtlichen Zaun,
durch die Hitler unbemerkt in die deutsche Staatsangehörig-
keit hineinschlüpfen sollte.

Selbstverständlich dachte Hitler gar nicht ernsthaft daran,
Beamter zu werden, ebensowenig dachte irgendeine Regierung
daran, ihm zum Beamten zu machen. Es wäre ja auch höchst

belustigend gewesen, wenn die Nazis, die öffentlich so
wunderbar gegen die „Parteibuchbeamten“ wettern, ihren
Oberhauptling, der jeder Bor- und Fachkenntnis für die
Beamtenlaufbahn ermangelt, aus dem denkbar unsach-
lichsten Grunde zum Beamten ernannt hätten. Es
wäre eine Verleugnung aller Agitationsgrundsätze, eine
Blamage sondergleichen gewesen.

Deshalb mußte der Akt heimlich vorgenommen
werden. So etwa wie vor 200 Jahren irgend ein Potentat
heimlich aus dynastischen und erbrechtlichen Gründen seinen
Glauben wechselte, ohne daß die Welt etwas darüber er-
fahren durfte. Freilich — ein Hindernis stand noch im Weg:
zu jeder Ernennung brauchte Herr Fricke die Zustimmung
seines Ministerkollegen, des Finanzministers. Aber,
wie gesagt, man hat nicht umsonst vier Jahre in Pirmasens
und dann in München alle Pfeife und Kniffe des formalen
Rechts durchstudiert. Herr Fricke wartete sein geduldig, bis
der Finanzminister in Urlaub war, und er — Fricke —
ihn vertrat. In einer Person thüringischer Innen-
und Finanzminister, machte Fricke nun das Geschäft „in sich“.

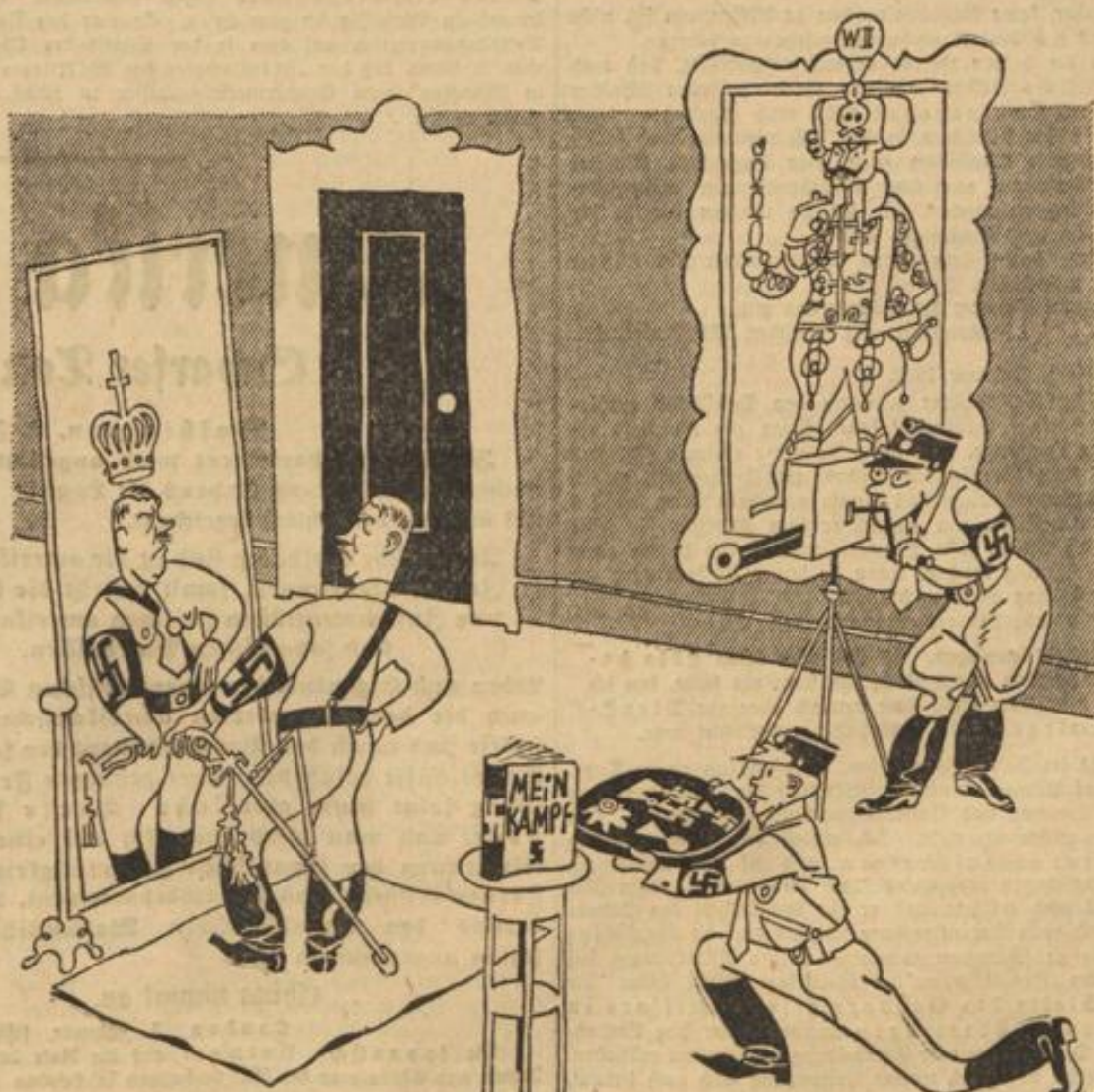
Ein Ministerialrat und ein Oberregierungsrat wurden
hinzugezogen. Unter Androhung der schwersten diszi-
plinaren Folgen legte Fricke ihnen strengste Amts-
verschwiegenheit auf. Mit niemandem durften sie
über das Sprechen, das sie jetzt vollzogen. Dies sind die
Formen, in denen sich offenbar das „gute Gewissen“ dokum-
mentiert. Die Beamten wagten zwar noch schüchtern gegen
das, was ihnen jetzt zugemutet wurde, amtliche Be-
denken zu äußern. Aber der Minister Fricke dekretierte:

„So befehle ich es, so wird es gemacht — ich allein über-
nehme die Verantwortung.“

Und dann wurde der feierliche Akt vollzogen. Es erfolgte
die Ernennung Hitlers zum — — — ja, hier wird die
Komödie zur Groteske, zur ordinärsten, knalligsten Possen-
es erfolgte die Ernennung Hitlers zum Gendarmerie-
kommissar in Hildburghausen. Der Dof als
Gendarmeriekommissar! Wir sagen nichts gegen das ehren-
werte Amt eines Gendarmeriekommissars, aber die Groteske
liegt in der gespreizten Pfaueneitelkeit des Herrschers vom
Braunen Hause, der sich plötzlich in dem weitentlegenen
Städtchen Hildburghausen auf ein kleines Pöstchen nieder-
läßt, als wolle er nun wirklich sieben Gendarmen und drei
Landjäger kommandieren.

Allerdings — er wollte gar nicht! Der Ober-
regierungsrat mußte gleich ein von Hitler zu unterschreiben-
des Diktat anfertigen, wonach dieser auf Dienstantritt
und Besoldung zu verzichten erklärte. Aber hier
ist der Fuchs Fricke zu schlaue gewesen. Denn diese Ver-
zichtserklärung auf Gehalt und Dienstantritt zeigt, daß es
sich nicht um eine ernsthafte Ernennung, sondern um einen
Scheinakt gehandelt hat. Wie Ministerialrat Dr. Kaiser-
berg bereits am Montag in der „Vossischen Zeitung“ zu-
treffend auseinandergesetzt hat, ist ein staatsrechtlicher Schein-
akt genau so rechtsungültig wie ein zivilrechtlicher
Scheinakt. Adolf Hitler ist nicht Gendarmeriekommissar
von Hildburghausen und damit auch nicht deutscher
Staatsbürger geworden.

Zustande gekommen ist nur der Fall eines unglaublich



„Und wer's zum Wachmeister erst gebracht,
Der steht auf der Leiter zur höchsten Nacht!“ Schiller: „Wallensteins Lager“.

schweren Amtsmissbrauchs durch den Minister Dr. Frick. Er hat seine Ministerkollegen getäuscht, er hat ihnen arglistig verschwiegen, was er getan hat. Die jetzt vom Nachfolger Fricks zum Reden gebrachten Ministerialbeamten versichern, daß sie durch die Schweigepflicht ganz außerordentlich bedrückt gewesen wären, denn sie haben doch in der ganzen Sache ein Unrecht gesehen. Der Minister Frick hat also ihm dienstlich unterstellte Beamte gezwungen, Handlungen zu begehen, die diese Herren mit Recht für pflichtwidrig hielten, und er hat sie weiter gezwungen, diese Pflichtwidrigkeit zu verschweigen. Es ist auch bezeichnend, daß die ganzen Vorgänge nicht in den Geschäftsgang gekommen sind. Es kann sehr wohl sein, daß hierin der strafbare Tatbestand der Aktenunderdrückung liegt.

Es besteht u. E. aller Anlaß, diesen Vorgang staats- und kriminalrechtlich auf das genaueste nachzuprüfen. Es handelt sich nicht um die Frage, ob Herr Hitler sich über sein braunes Hemd eine thüringische Gendarmenuniform anziehen darf. Es handelt sich auch nicht um die Frage, ob Hitler kraft dieser Schiebung zur Reichspräsidentenwahl kandidieren kann. Beides ist glatt zu verneinen. Es handelt sich um den Fall eines schweren Amtsmissbrauchs durch einen nationalsozialistischen Minister.

Hitler aber selbst — wenn in Deutschland Väterlichkeit tötete, wäre er heute tot. Gestorben auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn und in die Geschichte eingegangen als des falschen Hauptmanns von Köpenick Nachfolger, als der falsche Gendarmieriefommisnar von Hildburghausen.

Als ich die ersten Worte gelesen hatte, sagte ich sofort zum Minister Dr. Frick, das ginge doch nicht; die Stelle sei zwar frei, aber nach den geltenden Bestimmungen müsse doch der Finanzminister mitwirken.

Dr. Frick entgegnete etwas scharf, er vertrete den Finanzminister und handle in doppelter Eigenschaft als Innenminister und als Finanzminister. Ich las dann weiter bis zum Ende, weiß aber infolge der Erregung, in der ich mich befand, nur noch dunkel, daß irgendein Passus darin stand, wonach Hitler irgendwelche Rechte auf Amt oder Gehalt aus der Anstellung nicht herleite. Ob die Urkunde unterschrieben war, kann ich heute nicht mehr sagen, ich weiß nur, daß ich in der rechten unteren Ecke das Signum des Oberregierungsrats B. suchte. Es stand aber nichts da. Nachdem ich gelesen hatte, gab ich die Urkunde Dr. Frick wieder. Dr. Frick sagte mir, die Stelle würde gleich wieder frei, da Hitler sofort um seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachsuchen werde; die Stelle könne also mit dem einige Wochen vorher von mir vorgeschlagenen Gendarmieriefommisnar J. dann besetzt werden.

Ich sagte dann dem Minister Dr. Frick, es sei mir unangenehm, daß ich Kenntnis erhalten habe. An sich sei Hitler die Einbürgerung zu gönnen, da er im Kriege sich in der Front das E. R. I erworben habe und ich es nicht verstände, daß ihm die Einbürgerung bisher verweigert worden sei. Ich hätte aber doch Zweifel, ob die mir vorgelegte Urkunde als eine gültige Ausstellungsurkunde eines Beamten anzusehen sei.

Ich sprach dann mit Oberregierungsrat B über die Sache, nachdem dieser vom Urlaub zurückgekehrt war. Wir waren beide außerordentlich bedrückt, daß wir davon wußten. Nachdem Minister Dr. Frick aus der Regierung ausgeschieden war, habe ich mit Herrn B. zusammen öfter beraten, ob wir nunmehr dem Nachfolger Dr. Fricks auch ohne unmittelbare Veranlassung Mitteilung machen müßten. Ich habe zu dem Zweck auch beamtenrechtliche Kommentare nachgesehen, habe auch mit dem Personalreferenten des Ministeriums über die grundsätzliche Seite der Frage Rücksprache genommen; das Resultat meiner Ueberlegung war aber, daß ich mich nach wie vor an das Schweigegebot gebunden fühlte. Oberregierungsrat B. war der gleichen Ansicht. Ich bin glücklich, daß jetzt die Last des Geheimnisses, die mich außerordentlich bedrückt hat, von mir genommen wird.

Uebrigens kam ich bei meinen Ueberlegungen zusammen mit Oberregierungsrat B. zu der Ansicht, daß eine Anstellung Hitlers als Beamter trotz etwaiger Aushändigung der Anstellungsurkunde wohl gar nicht erfolgt sei; denn Hitler sollte weder ein Amt übertragen werden noch sollte er in die mit dem Amt verbundenen Rechte und Pflichten eintreten.

Hitler hat überhaupt keine dienstlichen Beziehungen mit dem Lande Thüringen ausgenommen. In dieser Richtung liegt auch die Tatsache, daß die ganzen Vorgänge überhaupt nicht in den Geschäftsgang gekommen sind.

Ministerialrat K. und Oberregierungsrat B. haben im Anschluß an ihre Bernehmung, daß entweder das Ministerium dem früheren Staatsminister Dr. Frick von ihrer Auslosung Mitteilung gäbe oder daß sie ermächtigt würden, ihm davon Mitteilung zu machen; sie hielten das für angebracht, nachdem sie die Anweisung zur Auslosung entgegen der Anordnung des früheren Ministers erhalten hätten.

Staatsminister Dr. Röstner erklärte, er müsse sich die Entscheidung darüber vorbehalten.

B. G. U.
gez. K., Ministerialrat. gez. B., Oberregierungsrat.
Nachrichtlich: gez. Walther, Ministerialrat.

Hitler erklärt, daß er nicht deutscher Staatsbürger sei
München, 3. Februar.

Zu der Meldung über den angeblichen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Adolf Hitler als thüringischer Beamter teilt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP mit, daß Dr. Frick allerdings die Absicht gehabt habe, Adolf Hitler, der vier Jahre lang in der deutschen Armee für sein Volk gekämpft hat, durch Erwerb der Beamteneigenschaft in Thüringen auch formell die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Als Adolf Hitler jedoch von diesem Versuch, der seinerzeit ohne sein Wissen erfolgt war, erfuhr, bat er Dr. Frick, von seinen Bemühungen Abstand zu nehmen, da er nicht auf diesem Wege die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben wünschte. Demgemäß hat auch Minister Dr. Frick damals die eingeleiteten Schritte in Thüringen unverzüglich abgebrochen.

Amerika wird energisch.

Scharfer Ton gegen die Friedensbrecher.

Washington, 3. Februar.

Im Staatsdepartement wird angesichts der un-nachgiebigen Haltung Japans die Lage in Schanghai als äußerst bedrohlich bezeichnet.

Japanische Soldaten sind in die amerikanische Zone eingedrungen, somit besteht die Gefahr von Zusammenstößen zwischen amerikanischen und japanischen Patrouillen.

Leben und Eigentum der amerikanischen Bürger als auch die dort verankerten amerikanischen Kriegsschiffe sind durch das Bombardement der japanischen Kriegsschiffe gefährdet. Dem gestrigen Friedensvorschlag folgt heute eine sehr scharfe Protestnote, und man wird energisch auf eine sofortige Einstellung der japanischen Feuer-tätigkeit drängen. Ferner bestätigt das Staatsdepartement, daß China bereits den amerikanischen Waffenstillstandsvorschlag angenommen hat.

China nimmt an.

London, 3. Februar. (Eigenbericht.)

Die japanische Antwort auf die Note der Mächte an Japan und China war bis Mittwochabend in London noch nicht eingetroffen. Auch die chinesische Antwort lag am Mittwochabend in London noch nicht vor. In Washington ist sie jedoch bereits eingetroffen. Darin nimmt China die Vorschläge der Mächte bereitwillig an.

In und um Schanghai wird weiter gekämpft. In der Stadt halten sich die Chinesen erfolgreich.

Entwurf der japanischen Antwort.

Tokio, 3. Februar.

Das japanische Kabinett beabsichtigt, zu den fünf Vorschlägen der Mächte folgende Stellung einzunehmen:

1. Die Einstellung aller Gewalttate ist annehmbar, vorausgesetzt, daß die Chinesen ebenfalls die Feindseligkeiten einstellen.

2. Japan kann die weiteren militärischen Vorbereitungen erst einstellen, wenn es von der chinesischen Aufrichtigkeit (!), ebenso zu verfahren, überzeugt ist.

3. Die Zurückziehung der gelandeten japanischen Truppen von Orten, in denen eine größere Zahl japanischer Staatsangehöriger sich befindet, ist unmöglich, bevor nicht die Chinesen ihre Truppen zurückziehen.

4. Japan ist mit der Einrichtung einer neutralen Zone in Schanghai einverstanden und wird möglicherweise eine ständige Vereinbarung anregen, wonach sich keinerlei chinesische (!) Truppen innerhalb einer festgesetzten Entfernung von der internationalen Niederlassung aufhalten dürfen.

5. Japan ist unter keinen Umständen imstande, sich mit der Teilnahme einer dritten Macht an den chinesisch-japanischen Verhandlungen, soweit die mandschurischen Streitigkeiten in Betracht kommen, einverstanden zu erklären.

Mit der Ueberreichung der Antwort an die Mächte wird für Donnerstag gerechnet.

Von maßgebender Seite wird versichert, daß Japan bei den Verhandlungen die zukünftige Schaffung von neutralen Zonen und um alle chinesischen Vertragshäfen anregen werde.

Fricks große Schiebung.

Das thüringische Aktenmaterial zur „Ernennung“ Hitlers.

Die thüringische Staatsregierung hat der Reichsregierung am Mittwoch das folgende Material übergeben. Der Reichskanzler hat das Material dem Reichsminister des Innern zur staatsrechtlichen Prüfung zugeleitet.

Weimar, den 1. Februar 1932.

Riederschrift.

Heute mittag zwischen 11 und 12 Uhr rief mich ein Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ an und teilte mir folgendes mit:

Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ habe ihm heute nacht mitgeteilt, daß in der heute erscheinenden Nummer des von Stennes gegründeten und von Kapitän Ehrhardt fortgeführten Montagsblattes stehe:

Es würde eine große Ueberraschung geben. Hitler sei in einem deutschen Land bereits von einer nationalsozialistischen Regierung — wohl auf dem Wege der Anstellung zum Beamten — eingebürgert. Die Urkunde darüber werde im „Braunen Haus“ in München geheim verwahrt, um im geeigneten Zeitpunkt verwendet zu werden.

Die Notiz lasse erkennen, daß das betreffende Land Thüringen sei. Der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ fragte mich, ob das für Thüringen zuträfe. Ich erwiderte ihm, daß mir von der Sache nichts bekannt sei. Kurze Zeit darauf teilte ich das dem Ministerialrat K. mit, der in mein Zimmer zum Vortrag gekommen war. Er sagte darauf, daß er und der Oberregierungsrat B. etwas darüber wüßten, daß sie aber nichts darüber sagen könnten.

Da der Minister Dr. Frick die zur Amtsverschwiegenheit in der Angelegenheit verpflichtet habe.

Ich hielt die Angelegenheit für so bedeutungsvoll, daß ich sofort Herrn Minister Dr. Röstner, der zur Zeit auf Urlaub in Gotha weilte, telephonisch über das Vorgefallene verständigte. Herr Ministerialrat K. hatte auch zum Ausdruck gebracht, daß ihm daran gelegen sei, daß Minister Dr. Röstner orientiert würde.

Minister Dr. Röstner erschien nachmittags und ordnete auf Vortrag an, Ministerialrat K. und Oberregierungsrat B. zu einer dienstlichen Erklärung zu veranlassen.

Nachrichtlich: gez. Walther, Ministerialrat.

Weimar, den 1. Februar 1932.

Riederschrift.

Dem vorstehenden Auftrage entsprechend habe ich daraufhin alsbald die beiden Herren aufgefordert, sich dienstlich zu äußern. Beide erklärten übereinstimmend, es sei ihnen etwas über die Angelegenheit bekannt. Minister Dr. Frick habe sie aber

ausdrücklich zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

Sie glaubten daher, keine Angaben machen zu dürfen, um sich nicht in Gegensatz mit § 9 des Staatsbeamtenengesetzes zu bringen.

Ich machte die beiden Herren darauf aufmerksam, daß nach Ansicht des Ministers Röstner ein von einem früheren Minister ausgesprochenes Schweigegebot nicht auch gegenüber einem Amtsnachfolger dieses Ministers bestünde, daß vielmehr nach seiner Ansicht beide Herren verpflichtet seien, dem derzeitigen Minister im Amt auf Verlangen auch über Amtshandlungen seines Vorgängers Mitteilung zu machen, für die im übrigen für sie die Dienstverpflichtung zum Schweigen bestünde.

Beide Herren baten, dem Herrn Staatsminister Dr. Röstner ihre Auffassung mitzuteilen.

Ich teilte Herrn Minister Dr. Röstner das mit.

Nachrichtlich: gez. Walther, Ministerialrat.

Weimar, den 1. Februar 1932.

Staatsminister Dr. Röstner eröffnete den Beteiligten persönlich, daß sie unbedingt verpflichtet seien, ihnen zur Kenntnis gelangte dienstliche Vorgänge, auch wenn sie unter einem auferlegten Schweigegebot seines Vorgängers ständen, wahrheitsgemäß zu bekunden. Die Amtsverschwiegenheit könnte nach dem Sinn des § 9 des Staatsbeamtenengesetzes nur gegenüber dem Minister für seine Amtszeit Geltung haben. Die Beamten würden sich sonach eines Dienstvergehens schuldig machen, wenn sie seiner Aufforderung zur dienstlichen Äußerung nicht nachkämen.

Es erklärte darauf Oberregierungsrat B.:

Ich will nunmehr auslegen. Es hat mich schon stets bedrückt, daß ich von einem Vorgange Kenntnis hatte, den ich für politisch bedeutsam hielt, aber den ich aber zur Dienstverschwiegenheit ausdrücklich verpflichtet war.

Es ist wohl im Juli 1930 gewesen, jedenfalls an einem Tage, wo ich mich auf Urlaub abmeldete. Minister Dr. Frick ließ mich am Vormittag kommen und Anstellungsurkunden mitbringen. Den Grund hierfür mußte ich nicht. Ich erhielt den Auftrag, nach seinem Diktat aufzuschreiben, und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbogen vorangelegt „auf Anordnung“, wozu Minister Dr. Frick noch erklärte, daß er für den Inhalt des Diktats die alleinige und volle Verantwortung übernehme. Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengstem Schweigen. Das Diktat bezog sich darauf, daß dem „Frontkämpfer des Weltkrieges Adolf Hitler“ die damals freie Stelle des Gendarmieriefommisnar in Hildburghausen übertragen wurde. Ueber den Stellenantritt und die Dienstbezüge war Entscheidung vorbehalten geblieben. Das weitere Diktat bezog sich auf meine Erinnerung nach noch darauf, daß Adolf Hitler auf Dienstantritt und Befolgung verzichtete. Es war dies der Entwurf eines Schreibens, das offenbar Adolf Hitler zur Unterschrift vorgelegt werden sollte.

Ich habe die Entwürfe, soweit ich mich entsinnen kann, nicht

Hitler, der Gendarm.

Wolff, hehrster aller Geister,
Herrlich dein Koanqemang:
Zum Gendarmenwachmeister
Dir der große Sprung gelang.

Diesmal sind es keine Flausen,
heimlich hat Dich Fr'd erkannt,
Und das Städtchen Hildburghausen
Hütest Du mit starker Hand.

Tief bewegt vernimmt's der Statist
Und er spendet volles Lob:
„Neuherst nationalsympathisch
H, was Fr'd zusammenschob.“

Mädel neigen ihre Köpfe
Zueinander mit Gerau:
„Huch, in Grün mit blante Knöpfe
muß der Wolff süß ausschau!“

Minna spricht: „Den nächsten Sonntag
Bist ich von der Gaud'gen aus,
Und ich führe — mich ein Sonntag —
Den Gendarmen Hitler aus.“

Ja, den Spatz hältst Du in Händen,
Café die Taube „Präsident“
Auf dem Dach — und es bewenden
Beim Gendarmenlepatent!

Jonathan.

Reichsgericht!

Dogromheße wird geduldet — auch wenn sie noch so gemein ist!

Das Reichsgericht hat die Beschwerde der preussischen Regierung gegen die vom Reichsinnenminister Groener verhängte Aufhebung des vom Berliner Polizeipräsidenten ausgesprochenen Verbots des „Angriff“ zurückgewiesen.

Das Verbot erfolgte, weil der „Angriff“ im Zusammenhang mit dem wilden Streik bei Ullstein von der „Rotations-Synagoge Ullstein“ gesprochen hatte. Darin wurde eine Beschimpfung der jüdischen Religion erblickt. Ein zweiter Artikel im „Angriff“ beschäftigte sich mit dem Hildorf-Prozess. Er gab den angeblichen Brief eines angeklagten SA-Mannes wieder, in dem es hieß:

„Morgen, am 26., feht der große Kummel wieder ein. Ein paar frächtige Backpfeifen und Rinnhafen, mit denen einige Hildore und Ignate bedacht worden sind, bemühen viele Behörden. 132 Zeugen sind geladen. Deutschland ist ja reich und tann sich die Zeugengelber leisten...“

Eigentlich (sonst nicht) könnte man unserem heutigen Staate für die freundliche, kostenlose Unterkunft dankbar sein. Als SA-Mann zeigt man diese „Dankbarkeit“, indem man kämpft: legal selbstverständlich!

Das Polizeipräsidium erblickte darin eine Beschimpfung des Gerichts, eine Verherrlichung einer strafbaren Handlung in besonders roher Form, und eine schwere Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Das Reichsgericht hat in dem Ausdruck „Rotations-Synagoge“ keine Beschimpfung der jüdischen Religion erblickt. Was den Brief anbelangt, so erblickt es darin keine Beschimpfung des Gerichts, und keine ausdrückliche Billigung der Vorgänge.

Reichsgericht!

Um Arbeitsbeschaffung!

Besprechungen von Partei und Gewerkschaften.

Am Mittwoch fand im Reichstag eine Besprechung zwischen den Vorständen der Sozialdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des ADGB-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes statt, in der die verschiedenen Pläne für umfangreiche Arbeitsbeschaffung ausgiebig erörtert wurden. Die Aussprache wurde nicht beendet, sie soll fortgesetzt werden. Übereinstimmung bestand unter den verschiedenen Körperschaften darüber, daß alle Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung gefördert, ebenso entschieden aber etwaige inflationistische Gefahren bekämpft werden müssen.

Vorbereitung zur Präsidentenwahl.

Anweisung an die Landesregierungen.

Der Reichsminister des Innern hat sich telegraphisch an die Landesregierungen gewandt und diesen mitgeteilt, daß mit der Ausschreibung der Reichspräsidentenwahl in nächster Zeit bestimmt zu rechnen sei. Wahlvorschläge bedürfen der Bescheinigung der Gemeindebehörden, daß die Unterzeichner stimmberechtigt sind. Diese Bescheinigungen auf den Unterschriftenlisten können schon jetzt ausgestellt werden. Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen gebeten, die Gemeinden anzumelden, Ersuchen um Ausstellung derartiger Bescheinigungen mit tunlichster Beschleunigung zu entsprechen.

105 300 Einzeichnungen für Hindenburg.

Wie der Hindenburg-Ausschuß mitteilt, haben bis Mittwoch, 23 Uhr, vor 191 Zeitungen 72 das vorläufige Ergebnis des ersten Einzeichnungstages für die Volkswahl Hindenburgs mitgeteilt. Danach betrage die Gesamtzahl der Einzeichnungen im Reich 105 300, davon in Berlin 28 400.

Charbin befehlt.

Japanische Truppen eingerückt.

Tokio, 3. Februar.

Die japanischen Truppen, die in Charbin eingerückt sind, haben dort sofort sämtliche Regierungsgebäude und die Funktion befehlt. Die Lage in der Stadt ist gespannt, doch ist es nicht zu ernsthaften Zusammenstößen gekommen.

Premierminister Macdonald hat sich der Eugenoperation unterzogen. Das Ergebnis des ärztlichen Eingriffes ist zufriedenstellend.

Mellon Vorkäufer in London? Präsident Hoover hat Mellon gebeten, den Vorkäuferposten in London zu übernehmen. Mellon hat sich noch nicht entschieden.

Eiserne Front!

Unsere nächsten Versammlungen.

Donnerstag, den 4. Februar:

Abteilung 138 Karow: 20 Uhr, Lokal Jagermann (vorm. Kitz), Pankgrafenstraße 3. Redner: Ernst Hildebrandt.

Abteilung 102a, Köpenick: 20 Uhr, Lokal Uhlenhorst (Inhaber: H. Seidler), Mahlsdorfer Straße. Redner: Dr. R. Mischler.

Vorwärts-Betrieb: 17½ Uhr in der Kantine. Redner: Franz Künstler, MdR.

Bezirksamt Treptow: 19½ Uhr, Lokal Rennbahn, Treptow, Eisenstraße 115/116. Redner: Stadtrat Carl Wermuth.

Arbeitsamt Nord-Ost: 16½ Uhr, Blassin, Storgarder Straße 3. Redner: Stadtrat Richard Roain.

AEG-Konzern, AIA-Verbandskollegen und Sympathisierende: 17½ Uhr, Nordischer Hof, Invalidenstr. 125/26. Redner: Siegfried Aufhäuser, MdR.

Stadtgüter Selchow und Waßmannsdorf: 17½ Uhr. Redner: Genosse Heymuth.

Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und Gastwirtsangestellte

Donnerstag, den 4. Februar:

1. Bezirk, Köpenick: 19 Uhr, Stadttheater Köpenick, Friedrichstraße 6. Redner: Marie Kunert, MdR — 2. Bezirk, Neukölln-Südosten: 19 Uhr, Hohenstaufensäle, Kottbusser Damm 76. Redner: Hermann Harnisch, MdL — 3. Bezirk, Gesundbrunnen-Tegetel: 19 Uhr, Hochschulbrauerei, See-Ecke Amrumer Str. Redner: Albert Falkenberg. — 4. Bezirk, Wedding-Reinickendorf: 19 Uhr, Brauerei Löwen-Böhmisch, Berlin, Hochstr. 2. Redner: Dr. Drucker. — 5. Bezirk, Ostend-Lichtenberg: 19 Uhr, Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 12. Redner: Jockel Meier. — 6. Bezirk, Charlottenburg: 19 Uhr, Türkisches Zelt, Charlottenburg, Berliner Str. 53. Redner: Lorenz Breunig. — 7. Bezirk, Schöneberg: 19 Uhr,

Gesellschaftshaus des Westens, Schöneberg, Hauptstr. 30/31. Redner: Willy Schneider. — 8. Bezirk, Moabit: 19 Uhr, Arminussäle, Bremer Str. 72/73. Redner: Otto Meier, MdL. — 9. Bezirk, Weißensee: 19 Uhr, Wirtshaus zum Pferdemarkt, Weißensee, Schönstraße. Redner: Dr. Julius Moses, MdR. — 10. Bezirk, Spandau: 19 Uhr, Germaniasäle, Spandau, Strosowplatz 19. Redner: Robert Bauer. — 11. Bezirk, Tempelhof-Mariendorf: 19 Uhr, Lokal Gohlke, Tempelhof, Berliner Straße 96. Redner: Dr. Otto Friedländer.

Freitag, den 5. Februar:

AEG, Ackerstraße, Bahnwerkstatt Prinzenallee, AEG, Brunnenstraße, Schwartzkopf, Lehrwerkstätte und Hydra-Work, Dr. Paul Meyer: 16 Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße. Redner: Pol.-Präs. A. Grzesinski.

AEG, Turbine und sämliche Metallbetriebe Moabits: Gleich nach Arbeitsschluß im Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstraße 24. Redner: Kurt Heinig, MdR.

AEG, Transformatoren: 16 Uhr, Brückenklause, Brückenstr. 15. Redner: Karl Drossel.

Otis und Flohr: 16 Uhr, Lokal Ladewig, Reinickendorf, Eichbornstr. 48. Redner: Bernhard Göring.

Aron, Charlottenburg: Gleich nach Arbeitsschluß, Lokal Reimer, Wilmersdorfer Str. 2. Redner: Wolfgang Schwarz.

Metall-Kleinbetriebe Charlottenburgs: 16½ Uhr, Lokal Sicker, Charlottenburg, Bismarckstr. 85. Redner: Dr. Otto Friedländer.

Werner, Lützowstraße, und umliegende Metallbetriebe: 16 Uhr, Lokal Bärensprung, Lützowstraße 7. Redner: Hermann Harnisch, MdL.

AEG, Treptow und Ehrich u. Graetz: 15½ Uhr, Rennbahn, Treptow. Redner: Joh. Stolling, MdR.

Bezirksamt Mitte und Charité: 16½ Uhr, Hackescher Hof, Rosenthaler Str. 40/41. Redner: Bürgormeister Paul Mielitz.

Hugenbergs Intrigen.

Ein vertrauliches Schreiben der deutschnationalen Parteileitung.

Die deutschnationale Parteileitung verbande am 11. Januar d. J. folgenden „streng vertraulichen“ Situationsbericht an die Unterführer:

„Die Ablehnung des Wunsches des Reichkanzlers, die Amtsdauer des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege durch verfassungsändernde Mehrheit des Reichstags zu verlängern, war für die Deutschnationale Volkspartei keinen Augenblick zweifelhaft. Wenn diese Ablehnung um zwei Tage verlängert wurde, so lagen dem lediglich taktische Momente zugrunde. Eng mit dieser Frage hing die Frage zusammen, wie der Reichspräsident über die zukünftige politische Entwicklung dachte und welche Auffassung der Reichkanzler hatte. Vor allem bestand auch die Notwendigkeit, bei den Verhandlungen mit Hitler erst wieder den notwendigen Kontakt herzustellen. Die Tatsache, daß Hitler, als er zu Brüning gebeten wurde, nicht sofort von sich aus Antwort gab, sondern sagte, daß er erst mit Hugenberg sprechen müsse, diese Tatsache zeigte, daß die Behauptung der Nationalsozialisten, sie würden alles allein machen, falsch ist. Zudem läßt sich gerade in dieser Frage bei den Nationalsozialisten eine gewisse Unsicherheit feststellen, daß gewisse Kreise bei ihnen, vielleicht sogar Hitler, der Verlängerung der Amtsdauer im Anfang keineswegs so abgeneigt waren.“

Daß eine Zustimmung zu dem Plan nicht riskiert werden konnte, solange die Deutschnationalen nein sagten, war selbstverständlich.

Nach dem erklärt sich die Rücksicht auf die Deutschnationalen. Die Besprechungen mit den Nationalsozialisten am Sonnabend und Montag hatten dann das Ergebnis, daß man ablehnen wollte.

Die Fühlungnahme mit dem Büro des Reichspräsidenten ergab, daß man dort außerordentlich euphorisch über Brüning war. Früher war der Reichspräsident dem Gedanken der Verlängerung auf parlamentarischem Wege durchaus abgeneigt. Erst zum Schluß hat er seine Zustimmung gegeben, und zwar infolge der optimistischen Auffassung der Regierung über das Gelingen des Planes. Aus früheren Äußerungen Hitlers glaubte die Regierung sicher zu sein, daß dieser dem Plan zustimmen würde. Man hatte gehofft, die Sache mit den Nazis allein machen und die Deutschnationalen vollkommen ausschalten zu können. Daß Hugenberg eingeschaltet werden mußte und daß das Projekt scheitern könnte, damit rechnete die Regierung überhaupt nicht. Nun ist der Reichspräsident enttäuscht darüber, daß er über die Möglichkeiten falsch unterrichtet wurde und daß er dem Streik der Parteien und schließlich einer Ablehnung ausgeführt wurde. Man geht sogar so weit, von einer ersten Krise in der Wilhelmstraße zu sprechen und von der Möglichkeit des Rücktritts Brünings. Diese erscheint nicht wahrscheinlich. Er wird immer mit angeblichen Rücksichten auf die außenpolitische Lage abgelehnt werden. Wie zuverlässig verfaßt, hat Brüning noch bis heute nachmittags an einen Erfolg geglaubt und zwar, wie hinzugefügt wird, auf Grund der Zusagen von Hitler.

Die Besprechung zwischen Hugenberg und Brüning am Sonntag hatte rein informatorischen Charakter. Brüning begründete seinen Vorschlag und beantwortete die Fragen, die Hugenberg in bezug auf

die Auffassung des Kanzlers über die weitere politische Entwicklung stellte. Zergemeine Erörterungen über die Umgestaltung der Regierung haben nicht stattgefunden.

Die besondere Begründung der deutschnationalen Ablehnung ist aus dem Brief Hugenbergs an den Reichkanzler zu ersehen, der vielleicht noch heute abend, spätestens aber morgen früh veröffentlicht wird. Der Wortlaut des nationalsozialistischen Briefes ist im Augenblick noch nicht bekannt. Es verlaute, daß die Nationalsozialisten in ihrem Briefe schon ansprechen wollen, daß sie einer Auffassung Hindenburgs bei der richtigen Präsidentenwahl zustimmen würden. Falls das nicht in diesem Briefe steht, so geht doch aus allem hervor, daß sie sich in dieser Richtung schon weitgehend festgelegt haben. Die Deutschnationalen haben diese Frage bei ihren Besprechungen mit der Umgestaltung des Reichspräsidenten nicht berührt. Sie sind der Auffassung, daß eine Wiederwahl Hindenburgs nur dann in Frage kommen könnte, wenn er sich durch eine augenfällige politische Handlung, etwa Bildung eines Rechtskabinetts oder Veranlassung von Neuwahlen im Reiche, offensichtlich auf die Seite der Rechten stellt.

Bei dieser Gelegenheit kann erwähnt werden, daß sowohl der Reichspräsident als auch die Reichsregierung erwähnt haben, daß die Preuwahlen unter allen Umständen zu dem geschehigen Termin stattfinden werden. Der Reichkanzler hat in der Unterredung mit Dr. Hugenberg erklärt, daß vor diesen Wahlen eine Umänderung der politischen Verhältnisse kaum in Frage kommen könnte.

Die Position der Deutschnationalen ist durch die Vorgänge der letzten drei Tage außerordentlich gestärkt worden. Der offensichtliche Versuch der Regierung, sie zu übergeben und damit in ihrem Ansehen zu schädigen, ist mißlungen. Die von den Nationalsozialisten ausgesprochene Auffassung, daß sie die Entscheidung in der Hand haben, hat sich als falsch erwiesen. Brüning hat eine schwere Niederlage erlitten. Sein Verhältnis zum Reichspräsidenten ist getrübt. Die Taktik, die die Deutschnationalen eingeschlagen haben, hat sich als richtig erwiesen.

Dieser Brief der deutschnationalen Parteileitung leuchtet in das Dunkel der Intrigen hinein, die zwischen den Rechtsparteien und um die Reichsregierung herum gesponnen werden.

Es ergibt sich aus diesem Briefe, daß Brüning allen Grund zu der Annahme hatte, die Nationalsozialisten würden seinem Plan, die Amtsdauer des Reichspräsidenten durch den Reichstag zu verlängern, zustimmen. Über kurz bevor er sein Ziel erreicht hatte, schaltete sich Hugenberg ein.

Von großer Bedeutung für die politische Entwicklung der nächsten Tage ist die Erklärung, daß für die Deutschnationalen „eine Wiederwahl Hindenburgs nur dann in Frage kommen könnte, wenn er sich durch eine augenfällige politische Handlung, etwa Bildung eines Rechtskabinetts oder Veranlassung von Neuwahlen im Reiche offensichtlich auf die Seite der Rechten stellt“. Damit wird von Reichspräsidenten gefordert, daß er auf das Vertrauen verzichten soll, das er sich durch seine Amtsführung in weiten Kreisen außerhalb der Rechten erworben hat, daß er Brüning als Sündenbock in die Wüste schieben und selber als einseitiger Parteikandidat des radikalen Nationalismus in einen Wahlkampf eintreten soll.

Da nun von der Loyalität des Reichspräsidenten nicht zu erwarten ist, daß er sich einer so unwürdigen Zumutung fügt, versucht man jetzt, das Ziel auf Umwegen zu erreichen. Man versucht, den Reichkanzler unter Druck zu legen und ihm einzureden, er müsse sich opfern und zurücktreten, um die Zustimmung der Rechten zu einer Kandidatur Hindenburgs zu ermöglichen. Auf diesem Umweg würde dann die Hugenbergclique doch noch ihr Ziel erreichen, Hindenburg als einseitigen Parteikandidaten der Rechten abzustempeln. Wenn der Reichkanzler in diese Falle ginge, so würde er damit nicht nur sich selber, sondern auch dem Reichspräsidenten den allerschlechtesten Dienst erweisen.

Denkt an die Rüstwoche!

Alle zeichnen sich ein!

Der Andrang zu den Sammelstellen der Republikanischen Rüstwoche ist nach wie vor stark. Alle Bevölkerungsschichten sind unter den Einzelnehmern vertreten. Der Prozentsatz Arbeitsloser, der sich einzeichnet, ist außerordentlich hoch. Es gibt Sammelstellen, in denen mehr als die Hälfte der Einzelnehmer aus Erwerbslosen besteht, auch sie wollen mit ihren kleinen Beiträgen und mit ihrer Namensantragung nicht fehlen.

Wir veröffentlichen im lokalen Teil noch einmal die Liste der Sammelstellen.

Im Lohn- und Sozialrechte.

Der Kampf in Polen. — Die Abbaupest verbreitet sich.

Die Verschärfung der Wirtschaftskrise hat in Polen eine Anzahl schwerer Arbeitskonflikte ausgelöst. Nur mit Mühe ist bis jetzt in der Montanindustrie ein Riesenstreik, der hunderttausend Berg- und Hüttenarbeiter umfassen würde, vermieden worden, während in Lodz schon seit 14 Tagen ein allgemeiner Verkehrsstreik gegen die Lohnkürzungen im Gange ist.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Revier der polnischen Schwerindustrie ist katastrophal; denn die Hauptlast der Arbeitslosigkeit Polens entfällt auf die Gruben- und Hüttenbezirke. Von den mehr als 300 000 Erwerbslosen, die Ende Dezember bei den polnischen Arbeitsämtern eingetragen waren — in Wirklichkeit dürfte die Gesamtbeschäftigungslosigkeit in Polen etwa 600 000 Menschen umfassen — kommt fast ein Viertel auf die ostoberschlesischen Industriebezirke und auf das Kohlenrevier von Dombrowa.

Mitte Januar hat die Schwerindustrie zu einem Generalstreik auf den Lohn angelegt.

Die Forderung der Industriellen zielt auf einen allgemeinen Lohnabbau von 21 Prozent ab. Teile der Eisen- und Hüttenarbeiter sollten sogar bis zu 25 Prozent auf einmal gekürzt werden. Da schon die bisherigen Löhne in der polnischen Schwerindustrie weit unter dem tiefsten Stand der mittel- und westeuropäischen Länder stehen — der ostoberschlesische Bergarbeiter erhält pro Schicht 4,80 Mark und der Hüttenarbeiter 3,45 Mark — so hätte die Durchführung des beabsichtigten Lohnabbaues die Löhne der polnischen Kumpel auf 3,80 und der Eisenarbeiter auf 4,09 abgebaut. Wenn auch die Lebenshaltungskosten in Polen zweifellos erheblich niedriger sind als in Deutschland und in Westeuropa, so hätte ein derartiger Abbau die Lebenshaltung dieser Arbeiterschichten weit unter das Existenzminimum herabgedrückt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß sowohl im Kohlenbecken von Dombrowa wie in Ostoberschlesien schon seit Monaten scharf verkürzt gearbeitet wird. Darüber hinaus zielt der Angriff der Unternehmer, unterstützt von gewissen Stellen der polnischen Regierung, darauf ab,

soziale Errungenschaften radikal zu streichen und die Berufsverbände der Arbeiter zu vernichten.

Gegen diese scharfmacherischen Pläne hat der Kongress sämtlicher Gruben und Hütten eine einheitliche Abwehrfront gebildet. Der Versuch, eine Lohnkürzung um 21 bzw. 25 Prozent der Arbeiterschaft aufzuzwingen, wurde mit der Androhung eines allgemeinen Streiks beantwortet. Für das ostoberschlesische Gebiet ist dieser Streik in letzter Minute durch den Schiedspruch, der eine achtprozentige Lohnkürzung vorsieht, verhindert worden. Die Urabstimmung über die Frage des Eintritts in den Streik auf den ostoberschlesischen Gruben ist noch in vollem Gange; die Arbeiter haben jedoch, soweit bis jetzt eine Uebersicht möglich ist, sich nach dem Schiedspruch fast überall mit großer Mehrheit gegen den Streik ausgesprochen. Nur auf dem Karnats-Freund-Schacht, der zur Florentinen-Grube in Hohenlunde gehört, und auf der Brade-Grube sind wilde Streiks ausgebrochen.

Im Revier von Dombrowa stehen die Dinge im Augenblick noch auf des Messers Schneide. Wohl rechnet man auch dort damit, daß die Gefahr eines allgemeinen Streiks behoben wird, allein die Situation ist dadurch scharf zugepökt, daß die Unternehmer

mit den Lohnzahlungen seit Wochen im Rückstand

sind und in Gruben von Sosnowice Proteststreiks ausbrechen.

Die Haltung der polnischen Regierung in dem schweren Konflikt ist reichlich zweideutig. Auf der einen Seite will sie angesichts der schon ohnehin schwierigen Situation des Landes große Arbeitskämpfe vermeiden; andererseits will sie durch gesteigerte Ausfuhr die Devisenbilanz Polens ausgleichen. Der Kohlenexport, bisher das stärkste Aktivum der polnischen Handelsbilanz, hat jedoch durch die Abwertung des englischen Pfundes einen schweren Schlag erhalten. Nicht allein von den skandinavischen Märkten, die Polen noch 1931 mit insgesamt 9,32 Millionen Tonnen Kohle belieferte, sieht es sich mehr und mehr verdrängt, die englische Kohle dringt bereits über Danzig und Ostingen bis in das Korridorgebiet. Die Subventionen, die die Regierung dem Kohlenbergbau zur Förderung des Exports in Höhe von 2,50 Zloty pro Tonne (0,17 Mark) als Darlehen gab, haben diese Entwicklung nicht aufhalten können. Unter dem scharfen Druck des verhängnisvollen Währungssturzes bleiben also Ostoberschlesien und das Becken von Dombrowa nach wie vor ein wirtschaftliches Gefahrenzentrum schwerster Art.

Der Zentralverband hat stets die grundsätzliche Forderung nach einer gesunden Reformierung und Zusammenlegung der zerstückelten Sozialversicherung energisch unterstützt. Insofern finden auch die zur Zeit von der Reichsregierung erzwungenen Reformpläne die volle Unterstützung des Verbandes. Der Zentralverband wird sich aber mit äußerster Entschiedenheit dagegen zur Wehr setzen, wenn die Reichsregierung, wie es nach verschiedenen Meldungen den Anschein hat, beabsichtigt, einen weiteren erheblichen Rentenabbau vorzunehmen. Die Reichskonferenz erklärt, daß die Grenze, bis zu der ein Leistungsabbau überhaupt als erträglich bezeichnet werden kann, längst überschritten ist.

Die Verbandseitung richtet auf der Konferenz an alle Rentnerkreise, die bisher den Kampf der Organisation nicht unterstützt haben, den Appell, durch Beitritt zum Zentralverband, der trotz Krise und Notverordnung geistiger Befähigung als je, die Abwehr der Arbeitslosigkeit zu verstärken und den Kampf um soziale Gerechtigkeit gegen Faschismus und Sozialreaktion in der Eisernen Front zu führen.

Die Krise in der Metallindustrie.

909 366 Arbeitslose und 715 987 Kurzarbeiter.

Bei den Landesarbeitsämtern wurden am Jahreschluß 1931 nicht weniger als 909 366 arbeitslose Arbeiter und Arbeiterinnen in der Metallindustrie gezählt. Im November 1931 war diese Zahl um 77 060 geringer, Ende 1930 war sie noch um 211 081 niedriger. Unter den 909 366 gemeldeten Arbeitslosen befanden sich 266 564 Wohlfahrtsarbeitslose, also solche, die in ihrer übergroßen Mehrheit in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ausgereizt sind.

Um sich überhaupt ein klares Bild von der rapiden Verschlechterung der Arbeitslage in der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie machen zu können, seien die Ergebnisse der regelmäßig vom Deutschen Metallarbeiterverband vorgenommenen Erhebungen angeführt. Nach diesen Feststellungen

Ende Dezember	waren vollbeschäftigt	arbeitslos
1928	1 744 289	177 763
1929	1 581 056	323 079
1930	982 375	674 053
1931	648 739	715 987

Die Arbeitsbeschränkung der Kurzarbeiter

zeigte in der letzten Dezemberwoche 1931 folgendes Bild. Es arbeiteten verkürzt um

1—8 Stunden	179 502 = 25,1 Proz.
9—16	194 042 = 27,1
17—24	214 605 = 30,0
25 u. mehr	127 833 = 17,8

Von diesen Kurzarbeitern dürfte nur ein kleiner Teil Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung erhalten, denn die Gesamtzahl aller Unterstützung beziehenden Kurzarbeiter betrug Ende November nur 237 230. Die meisten Kurzarbeiter müssen sich demnach mit ihrem gekürzten Lohn, der nach Abzug der sozialen Abgaben und der Bürgersteuer vielfach unter den Unterstützungssätzen der Wohlfahrtsarbeitslosen steht, durchschlagen.

Durch die sprunghaft gestiegene Arbeitslosigkeit wird natürlich auch die Organisation erheblich in Mitleidenschaft gezogen. So waren von den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes Ende Dezember 1931 nur noch 215 902 oder 26,1 Proz. vollbeschäftigt, 266 861 oder 32,3 Proz. arbeiteten verkürzt und 343 940 Mitglieder oder 41,6 Proz. waren arbeitslos. Beim Verband der Heizer und Waldschmieden betrug die Anteilziffer zu der gleichen Zeit 25,3 und beim Kupferschmiedeverband gar 56,5.

Trotz dieser Riesenarbeitslosigkeit geschieht nichts, um die Flut, die unaufhaltsam weiter steigt, einzudämmen. Alle von den Gewerkschaften schon längst gemachten Vorschläge zur Wiederherstellung der Arbeitslosigkeit, wie restlose Beseitigung von Überstunden, Einführung der Bierzigstundenvoche werden nicht beachtet. Trotz Lohnabbau werden immer noch Arbeiter abgebaut. Wohin soll das noch führen?

Kürzung der Bergarbeiterlöhne.

Paris, 3. Februar. (Eigenbericht.)

In den Kohlenruben des Loirebeckens wird seit dem 1. Februar eine zehnprozentige Lohnkürzung durchgeführt. Eine Aussprache, die auf Wunsch des Präsidenten von St. Etienne am Dienstag zwischen Vertretern der Grubengesellschaften und Delegierten der Gewerkschaften stattfand, führte zu keinem Erfolg. Die Unternehmer lehnten jedes Zugeständnis ab.

Arbeitslosenunterstützung in Amerika.

Washington, 2. Februar.

Im Kongress begannen am Montag die Beratungen über die Frage, ob den amerikanischen Arbeitslosen staatliche Unterstützung gewährt werden soll. Der Vertreter der amerikanischen Arbeitergemeinschaft, Mc. Grady, erklärte im Arbeitsausschuß des Abgeordnetenhauses bei der Beratung der Vorlage, daß die Vereinigten Staaten zur Zeit 8 300 000 Arbeitslose hätten. Die von diesen Arbeitslosen abhängigen Personen besäße die Abgebundene auf rund 24 Millionen.

Freie Gewerkschaftsjugend Berlin

Heute, Donnerstag, 4. Februar, 1931, Uhr, tagen die Gruppen: Süd-Ost: Jugendheim Reichsberger Str. 66, Landwehrstr., Kampfleiter. — Tempelhofer: Jugendheim, Augustinergasse 4-6. Der Zugang erfolgt durch den Eingang Gähststraße, auf der hinteren Seite der Straße 18-19. Die moderne Arbeiterbewegung, 1. Abend. — Staaken: Jugendheim der 17. Volksschule, Gärtenstraße, Kirchplatz, Erdgeschoss, Autobus 11. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Schöneberg: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Kreuzberg: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Prenzlauer Berg: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Mitte: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Ost: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — West: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Süd: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Nord: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Ost: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — West: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Süd: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Nord: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Panitzsch: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Ost: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — West: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Süd: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Nord: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Ost: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — West: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Süd: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Nord: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale.

Veranstaltung für Politik: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Ost: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — West: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Süd: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale. — Nord: 1. Jugendheim, 12. Grimmschule, Verbandshauszentrale.

Hammerschaften vor!

Die Betriebe in der Eisernen Front.

Die Belegschaften der Gummiabrik Kähler u. Co. und der Gold- und Silber-Scheideanstalt in Reimkendorf-West rückten gestern in die Eisernen Front ein. In einer kombinierten Betriebsversammlung beider Werke umriß der Berliner Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Ulrich, kurz die Ziele der Nationalsozialisten, die sich vollkommen mit den reaktionären Ansichten des Unternehmertums decken. Die denkende Arbeiterschaft hat klar erkannt, daß die Machtergreifung Hillers gleichbedeutend wäre, mit der Ausrichtung der unbeschränkten Unternehmerrückkehr in Deutschland. Um es nicht zu diesem „paradiesähnlichen“ Zuständen kommen zu lassen, haben sich alle freiheitlich gesinnten Organisationen der Arbeiter Angestellten und Beamten zur Eisernen Front zusammengeschlossen. In diese Front gehört auch die Arbeiterschaft dieser beiden Reimkendorfer Betriebe, um deren Eroberung sich die Nazis gerade in der letzten Zeit so heiß bemüht haben.

Stürmischer Beifall folgte den anfeuernden Worten des Genossen Ulrich. Einige kommunistische Betriebsangehörige fanden mit ihrem Geschwafel von der „roten Einheitsfront“ keinen Anklang. Die Nazis, die der Versammlungsleitung den Besuch ihrer SA angeündigt hatten, hielten es für ratsam, es bei dieser Ankündigung bleiben zu lassen.

Die Arbeiterschaft der Stadt marschiert auf.

Etwa 75 Proz. der Belegschaft der Stadtgüter Schöneiche und Vogelisdorf stimmten einhellig den Ausführungen des Referenten, Genossen Hegmuth, zu, der ihnen die Ziele der Eisernen Front aufzeigte. Der Verlauf der Versammlung war durchaus harmonisch, die Stimmung ausgezeichnet.

Im vollbesetzten Saal sprach Genosse Emil Barth vor den Arbeitern, Beamten und Angestellten des Bezirksamts Schöneberg. Gegner meldeten sich nicht. Ein großer Teil der Versammelten trug sich sofort in das ausliegende Eisernen Buch ein.

Die Eisenbahner reihen sich ein.

Am Sonntag tagten in Halle die Ortsgruppenleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Bezirk Mitteldeutschland. Nach einem eingehenden Referat des Landtagsabgeordneten, Genossen Möller, über die politische und gewerkschaftliche Situation wurden die Maßnahmen festgelegt, die in kürzester Frist die Einreihung der mitteldeutschen Eisenbahner in die Hammerschaften der Eisernen Front sichern. Auf der Konferenz herrschte ein prächtiger Kampfsgeist.

Die große Not, der ungeheure soziale Druck hat die Eisenbahner nicht nur- und tapflos gemacht, sondern mit um so stärkerem Willen erfüllt, recht bald mit den Feinden der Arbeiterklasse abzurechnen. Bei der Belpredung interner Verbandsangelegenheiten war dieser Wille für die zu fassenden Beschlüsse erfreulicherweise gleichfalls einmütig entscheidend.

Im Fernen Osten.

Stimmens Eindrücke von Japan und China.

Die tragischen Ereignisse in China lassen unwillkürlich die Frage auftauchen, wie die Arbeiterschaft Japans und Chinas zu den blutigen Verwicklungen steht. Die nachfolgenden Mitteilungen Stimmens geben auf diese Frage eine klare, wenn auch nicht erschöpfende Antwort.

Der Sekretär der Transportarbeiter-Internationale, Edo Jimmen, ist von seiner im Auftrage des Stockholmer Internationalen Transportarbeiterkongresses unternommenen Reise nach dem Fernen Osten nach Amsterdam zurückgekehrt. Seine Mitteilungen über den Zweck und das Ergebnis der Reise sind von großem Interesse.

Die Transportarbeiter-Internationale hat schon seit längerer Zeit mit Ostasien Verbindung. Verschiedene ostasiatische Arbeiterverbände sind ihr angeschlossen. Jimmen sollte im Fernen Osten eine Konferenz zur Schaffung eines Untersekretariats der

Transportarbeiter-Internationale vorbereiten; allein weder die englische noch die niederländische Regierung gestattete ihm die Einreise in ihre indischen Gebiete. Trotzdem ist das Ergebnis der Reise zufriedenstellend.

In Japan dürfte sich binnen kurzem der sehr starke japanische Binnenschiffverband an die Transportarbeiter-Internationale anschließen. Die Organisationsarbeit in Japan trägt nach Jimmens Auffassung noch sehr stark rein japanischen Charakter. Von der internationalen Bewegung habe man dort noch wenig begriffen. Ebenso lasse das Verständnis für die freigewerkschaftliche Richtung in der Gewerkschaftsbewegung und für die Zweite Internationale noch viel zu wünschen übrig, womit jedoch nicht gesagt sei, daß man in Japan mehr nach Moskau hinneige. Die Arbeiterbewegung stehe in Japan gewerkschaftlich und politisch noch sehr in den Kinderschuhen, und der Druck von oben hemme ihre Entwicklung. Die Versammlungen ständen unter strenger polizeilicher Kontrolle; die Versammlungsbefugnisse wurden am Saalzugang nach Waffen untersucht, ja, selbst ihr Schutzzeug mußten sie vor der Polizei ausziehen. Die Schärfe dieser polizeilichen Kontrolle habe sich anlässlich einer Tagung des Postverbandes drastisch gezeigt: bei 150 Delegierten seien nahezu 50 Schutzleute im Saale anwesend gewesen und diese hätten, als die Debatte etwas lebhafter wurde, sofort die Tagung aufgelöst.

Auch Jimmen selbst stand unter scharfer polizeilicher Aufsicht. Trotzdem konnte er unter verschiedenen Transportarbeitergruppen seine Propagandaarbeit durchführen.

In China traf Jimmen noch viel schwierigere Verhältnisse. Die chinesische Gewerkschaftsbewegung kenne keine Koalitionsfreiheit; sie stehe unter terroristischem Druck. Organisationen, die sich dem freigewerkschaftlichen Standpunkt annähern, müßten illegal arbeiten, und auch innerhalb der führenden Verbände herrschte in China vollkommene Diktatur. Von oben her werde vorgezeichnet, was zulässig und was verboten sei. Die Mitglieder hätten nichts zu sagen; eine Opposition werde nicht geduldet. Wer Opposition treibe, wandere im günstigsten Fall ins Gefängnis oder er werde, was häufiger vorkomme, enthauptet. In China lägen zur Zeit die Arbeiterköpfe sehr lose. Von öffentlichen Zusammenkünften der Arbeiter sei daher auch so gut wie keine Rede. Unter den Angehörigen der beiden herrschenden Klassen herrsche völlige Korruption; für den chinesischen Arbeiter sei es Tadel wie Hofe, wer zur Zeit gerade die Nacht ausübe.

Protest der Arbeitsinvaliden.

In der Eisernen Front!

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden — die große Organisation der Arbeitsopfer, die rund 350 000 Mitglieder zählt — hat dieser Tage auf ihrer Reichskonferenz in Berlin zu den Auswirkungen der Notverordnung, die in vielen Zehntausenden von Fällen für die betroffenen Invalidenrentenempfänger ungeheuerliche Härtefälle schafft, Stellung genommen.

Der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Karsten, beauftragte diese Ausführungen. Das Ergebnis seiner Kritik war die mit schärfstem Nachdruck abgegebene Versicherung, daß sich die Organisation der Arbeitsopfer nie und nimmer mit den durch die Notverordnung entstandenen Ungeheuerlichkeiten abfinden könne. Der Verband werde in der nächsten Zeit alle seine Kräfte mobilisieren, um diese Ungeheuerlichkeiten zu mildern.

Die vierte Notverordnung — so betont die Reichskonferenz in einer Entschließung, die ihre sozialpolitische Ausprägung zusammenfaßt — hat durch ihre Bestimmungen über den Fortfall von Rententeilen bei Doppelbezug, Streichung der Kinder- und Waisenbezüge über das 15. Lebensjahr hinaus, Entzug der Witwenrenten für Altwitwen usw. empörendes Unrecht in Hunderttausenden von Rentenfällen geschaffen. In den meisten der betroffenen Fälle sind alten und gebrechlichen Menschen, die sich bislang schon in bitterster Not befunden haben, die einzigen Bezüge für den Lebensunterhalt ganz oder zum großen Teil genommen worden. Die neuen Bestimmungen haben das Elend von Hunderttausenden auf ein einfach unerträgliches Maß gesteigert und damit die Verzweiflungsstimmung noch tiefer ins Volk getragen.

Die Schreckensnacht auf Kuba

Ein Drittel Santiagos in Trümmern — Zahl der Opfer noch unbekannt

New York, 3. Februar.

Nach ergänzenden Meldungen aus Habana sind außer mehreren Kirchen, Regierungsgebäuden und dem Elektrizitätswerk in Santiago de Cuba auch ein Krankenhaus sowie ein Hotel zerstört worden. Ueber die Zahl der Toten und Verletzten liegen noch immer keine genauen Nachrichten vor, doch lauten die letzten Schätzungen über die Zahl der Todesopfer gegenüber den ersten alarmierenden Mitteilungen abnehmend. Herzliche Hilfe ist sowohl mit der Eisenbahn wie auch mit Schiffen und Flugzeugen unterwegs. Die Nachbarstädte Holguin und Guanatanama haben gleichfalls erheblich gelitten, ebenso der Libertadspart.

Das Werk einer Viertelstunde.

Das Erdbeben, das die kubanische Stadt Santiago de Cuba zerstörte, erfolgte in tiefster Nacht. Zwischen 1¼ und 1½ Uhr ereigneten sich mehrere heftige Erdstöße. Die Häuser stürzten zu Tausenden ein. Mindestens ein Drittel der Stadt liegt vollständig in Trümmern. Die noch stehenden Häuser haben schwere Beschädigungen erlitten. Die meisten Einwohner verließen, nur notdürftig bekleidet, die Stadt und flohen in die Umgebung. Infolge der Dunkelheit entstand ein unbeschreibliches Durcheinander in den Straßen, die durch die Gesteinsmassen der Häuser völlig blockiert waren. Durch nachträglich zusammenfallende Mauern wurden außerdem zahlreiche Personen getötet. Der Hilfsdienst setzte sofort nach der Katastrophe ein. Hunderte von Verletzten wurden in die Krankenhäuser eingeliefert, die nach wenigen Stunden überfüllt waren. Zahlreiche Verletzte sind in den Morgenstunden gestorben. Große Privathäuser, die dem Erdbeben widerstanden haben, sind als Krankenhäuser eingerichtet worden. Wie durch ein Wunder sind zwei Telephonkabel intakt geblieben, so daß es den Behörden möglich war, mit den Regierungsstellen in Havanna sofort in Verbindung zu treten. Gegen 6 Uhr morgens setzten neue Erdstöße ein und vollendeten das Werk der Zerstörung. Feuerwehr und Truppen sind mächtig gegen die zahlreichen nach der Katastrophe ausgebrochenen Brände, da es infolge Berstens der Wasserleitungen an Wasser fehlt. Das Dach eines Krankenhauses stürzte ein, wobei zahlreiche Kinder verletzt wurden.

Insgesamt dürften jedoch immerhin 500 Tote zu beklagen sein. Die Lage in dieser etwa 40 000 Einwohner zählenden Hafenstadt hat sich durch eine große Anzahl von Bränden, die unmittelbar nach der Katastrophe ausbrachen, stark verschlimmert, um so mehr, als infolge eines Versagens der Wasserwerke empfindlicher Wassermangel eingetreten ist. Von den größten Bauwerken der Stadt ist die Kathedrale besonders schwer beschädigt. Die Einwohner der eingestürzten Häuser hatten sich jezt hauptsächlich in den Parkanlagen auf, soweit sie nicht an dem Rettungswerk teilnahmen. Die Sicherung der Ordnung wurde von einem starken Polizeiaufgebot übernommen.

Bei den Erdbeben, durch die Amerika und seine Inselgruppen heimgesucht wurden, hat es sich zumeist um tektonische Beben gehandelt: bei einer Erdbebenkatastrophe im Jahre 1692 wurde der Hafen von Port Royal auf Jamaika (südlich Cuba) zerstört; 1767 wüthete ein Erdbeben in Martinique; bei einem Erdbeben auf Peru (1868) kamen 70 000 Menschen ums Leben; bei dem noch in lebhafter Erinnerung stehenden Erdbeben in San Franzisko (1906) wurden 1000 Menschen getötet und 200 000 obdachlos. Am 31. März 1931 ereignete sich das letzte große amerikanische Erdbeben in Nicaragua: 3000 Menschen kamen damals ums Leben.

Ein gefährlicher Boden.

Die 30 Sekunden lang währenden Erdbebenstöße wurden auch von mehreren deutschen Erdbebenwarten aufgezeichnet. Allem Anschein nach handelt es sich um ein sogenanntes tektonisches oder Dislokationsbeben, wie es zumeist als Begleiterscheinung von Brüchen oder Verschiebungen in der Erdkruste auftritt. Die Wissenschaft kennt außerdem noch die ziemlich seltenen und örtlich begrenzten Einsturzbeben, die durch den Einsturz unterirdischer Höhlräume entstehen; ferner die gleichfalls meist engbegrenzten, oft aber in ihrer Auswirkung schrecklichen vulkanischen Beben, die ihre Ursache in Erdschütterungen durch Vulkanausbrüche und Landbewegungen haben. Der Krakatau-Ausbruch auf Java im Jahre 1883, der 40 000 Todesopfer forderte, ist das erschütterndste Beispiel für eine solche vulkanische Erdbebenkatastrophe.

Dem Spekulationstaumel erlegen.

Die Privatspekulationen eines Bankfilialvorsiebers.

Der 39jährige Hans Brüggemann, seit zwanzig Jahren im Bankfach tätig, zuletzt Vorsteher der Depositenkasse der Commerz- und Privatbank am Strausberger Platz, hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Untreue zu verantworten. Der Verhandlung wohnte ein Finanzbeamter bei, Brüggemanns Opfer werden sich noch wegen Steuerhinterziehung zu verantworten haben.

Dem Bankvorsteher der Hypothekenkasse genügte sein Gehalt nicht. Er hoffte an der Börse leicht und viel zu verdienen, ließ sich also von den Bankkunden Briele geben, um mit ihnen unter Umgehung der Bank Privatspekulationen zu treiben, und tat das auf den Namen seines Freundes, eines Stadtoberinspektors, für den er in seiner Depositionskasse ein Bankkonto anlegte. Zu den Privatkunden des Herrn Brüggemann gehörte auch ein bekannter Hummifabrikant; er stellte sein Sate zur Verfügung und übergab Brüggemann Briele in Höhe von 100 000 M., damit er sie in der Schweiz unterbringe. Er wies dem Hummifabrikanten

Papiere vor als Sicherheit, die in Wirklichkeit nicht ihm gehörten und bezahlte seine Schulden mit Zinscoupons. Ein anderes Mal brachte ihm der Hummifabrikant 300 000 M. in bar, dafür sollten 15 000 englische Pfund gekauft werden, was auch geschah. In ähnlicher Weise brachten ihm auch andere Leute große Summen in die Wohnung. Brüggemann spezialisierte an der Börse, verlor immer wieder, deckte die Schulden mit neuen Geldern, verlor wieder, die Dinge spitzten sich immer mehr zu. Zum Klappen kam es aber, als er der Firma Röbel-Cohn Goldpflandbriele in Höhe von 40 000 M. ließ und die Firma in Konkurs ging. Brüggemanns Gläubiger drängten, er fand keinen Ausweg mehr, bat die Commerz- und Privatbank um Entlastung unter dem Vorwand, 40 000 M. Schulden zu haben, und fuhr in die Welt hinaus. Schließlich kam er zurück und stellte sich der Staatsanwaltschaft. Erst die Auslagen des Angeklagten selbst enthielten seine vielseitigen Börsenspekulationen. Seine Opfer dagegen hatten sich in der großen Mehrzahl gehütet, Anzeige zu erstatten, sie machten auch vor Bericht nur ungern ihre Auslagen. Das Gericht verurteilte Brüggemann wegen Untreue und Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis.

Richtspräsident Genosse Löbe spricht am Freitag, dem 3. Februar, 19½ Uhr, im Schöngarten zu Dranienburg.

Preiskommissar und Handel.

Um die Preise für Nähmaschinen und Britetts.

Der Preiskommissar ist zur Zeit mit der Nachprüfung und Senkung der Handelspreisen beschäftigt. So hat er jezt eine Herabsetzung der Handelspreisen im Nähmaschinenhandel um 10 Prozent verfügt, nachdem bereits im Dezember die Rindfleischpreise der Fabrikanten und damit auch die Richtpreise der Händler um 10 Prozent abgebaut worden sind.

Im Britetthandel sind neuerdings Mißstände offenbar geworden, die um so mehr zu verurteilen sind, als sie gerade die Kernsten der Armen betreffen. Es ist nämlich festgestellt worden, daß beim Verkauf von Britetts in kleinsten Mengen (in Papierbüchsen) die örtlich festgesetzten Höchstpreise ganz erheblich überschritten werden. Der Preiskommissar hat ausgesprochen, daß die festgesetzten Höchstpreise als Höchstpreise anzusehen sind, die in keinem Falle überschritten werden dürfen. Wir wollen hoffen, daß mit schärfsten Mitteln die Einhaltung dieser Höchstpreise, gerade beim Verkauf in kleinsten Mengen, erzwingen wird.

Außerdem hat sich der Preiskommissar veranlaßt gesehen, die Britettpreise des Mitteldeutschen und des Ostelbischen Braunkohlenyndikats nachzuprüfen. Das Mitteldeutsche Braunkohlenyndikat hat zwar die Reichsanzeigerpreise für Britetts gesenkt, dafür aber den früher gewährten Rabatt gestrichen, so daß die tatsächlichen Verkaufspreise unverändert geblieben sind. Beim Ostelbischen Braunkohlenyndikat soll (wie von uns häufig gefordert) endlich die Großhandelspreise herabgedrückt werden. Es ist Pflicht des Preiskommissars, von seinen Nachmitteln gegenüber den Syndikaten energisch Gebrauch zu machen.

Im Handel mit Arzneimitteln wird ab 1. Februar allgemein das Prinzip des freien Wettbewerbs gelten. Die Bindung der Einkaufspreise der Apotheken durch die Fabriken ist beseitigt worden. Die Großhandelspreise für Arzneimittel wurde von 16 auf 10 Prozent, der Aufschlag der Apotheken auf die Einkaufspreise von 75 auf 64 Prozent herabgesetzt. Die Apotheken dürfen nur ihre tatsächlichen Einkaufspreise (keine Richtpreise) in Anrechnung bringen und werden verpflichtet, die Preissenkung einzuführen. Ueber die Herabsetzung der Nacht- und Sonntagsgaranten wird noch verhandelt.

Kommunisten und Reichswehr.

Sechs Haftbefehle gegen Agitatoren.

Der Polizeipräsident teilt mit: Am 20. Januar wurden in Berlin-Talkensee eine Anzahl von Personen festgenommen, die in dem dringenden Verdacht standen, die Zerschlagung der Reichswehr in Elgrund im Auftrage der SPD. zu betreiben.

Bei den Durchsuchungen wurde umfangreiches kommunistisches Zerschlagungsmaterial, bei einem der Beschuldigten wurden außerdem drei Pistolen, Munition, ein MG-Schloß, Handgranatensplitter und Zünder gefunden. Die Festnahme eines der Täter gelang gerade im Augenblick, als er in einem Café in Berlin mit einem Reichswehrangehörigen saß und geredete. Von diesem über militärische Dinge etwas zu erfahren. Die von ihm hierüber gemachten Notizen hatte er vor sich liegen. Gegen die Beschuldigten ist ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zu Hochverrat eingeleitet worden. Vom Vernehmungserichter bei dem Polizeipräsidentium Berlin wurde gegen sechs Personen Haftbefehl erlassen.

Oesterreichische Optanten.

Die österreichische Gesandtschaft in Berlin fordert jene österreichischen Optanten, die die österreichische Bundesbürgerschaft erworben haben, aber noch keine Heimatszuständigkeit in Oesterreich besitzen, auf, sich zur Beseitigung ihrer Heimatslosigkeit unverzüglich bei der österreichischen Gesandtschaft, Berlin W. 10, Bendorferstr. 15, Zimmer 32, unter Vorlage ihrer Ausweispapiere zu melden.



Der Rollendorfsplatz imponiert ihm. Borerst denkt Billy, man habe den Asphalt zu bedenklich ungünstiger Zeit gepregelt. Dann meint Billy, der Asphalt schmilze, und schließlich begreift er staunend, daß der Asphalt blankgeföhren ist. Er sieht die Automobile die ewige Schleife gleiten. Dann erhebt er den Kopf und starrt in die laufende Lichtreflexe, und als er zu entziffern sucht, was sie zu verkünden hat, wird er von einem Automobil angefahren, und fallend macht er mit dem schmierigen Asphalt Bekanntschaft.

Wie eine Raube ist er wieder auf den Beinen. Da steht ein Schupo bei ihm und sagt: „Wenn Ihnen das noch einmal passiert, müssen Sie sich unbedingt die Nummer merken.“

Die erste Vorstellung.

In einem Breitergestell, das vor dem Zirkus-Busch-Gebäude in Berlin stand, prangten schreiend bunte Bilder. Sie verkündeten, daß Billy und Anita neu für Deutschland seien und das erstmalig aufträten.

Billy imponierten die Plakate keineswegs. Er sagte nur: „Schreien gehört hier zum Handwerk“ und damit war für ihn die ganze Angelegenheit erledigt.

In der Tat, er hatte ein weit größeres Interesse für ein Plakat, das einen fähigen Artisten zeigte, der mit seinem kleinen Auto einen Saltomortale machte. Der Junge war einst Luftturner gewesen, hatte sich ein Bein gebrochen und dieserhalb monatelang im Krankenhaus gelegen. Sein Bruder hatte ihn besucht. Erst aus Mitleid und hernach, weil er selbst einen Menschen haben mußte, dem gegenüber er sich aussprechen konnte. Dieser Bruder war nämlich Ingenieur. Im Geschäft wurde ihm andauernd mit dem Abbau gedroht. Ueber seine Angst vor der Arbeitslosigkeit mußte er mit jemandem sprechen. Er mußte einen Menschen haben, der ihm geduldig zuhörte. Er konnte im Geschäft zu keinem davon reden; denn allen schnürte die Angst die Kehle zu, alle waren gereizt. Der einzelne konnte keine Befürchtungen nicht

überhebtlich hinausposaunen. Der kranke Luftturner hörte schweigend zu. Dadurch kamen die Brüder einander näher. Der Kranke grübelte und grübelte, und aus den Grübeln formten sich Pläne. Und schließlich kamen die beiden auf den Saltomortale mit dem Automobil. Als der Ingenieur wirklich abgebaut wurde, waren die Zeichnungen für die neue Nummer fertig. Ein Manager steckte Geld hinein, und nun arbeiteten die beiden Abend für Abend.

Der Ingenieur baute den Apparat auf. Moh ihn genau aus, überprüfte alles und nahm dann mit einem ungeheuer publikumwirksamen Händedruck Abschied von seinem Bruder, der in hellster Scheinwerferbeleuchtung eine schmaltzproffige Leiter emporklimmte. Er setzte sich in den Wagen, schnallte sich selbst fest und führte Abend für Abend den Saltomortale.

Als Billy ihn gestern Abend sah, kam er sehr hart runter, die Reifen plätschten, der Wagen war etwas verbeult, und es dauerte ziemlich lange, bis der Ingenieur den Bruder aus dem Wagen herausholte. Der Artist verbeugte sich lächelnd, als ob nichts geschehen sei. Doch betrachtete er gleich hinter dem Borhang recht genau seinen Sturzhelm und strich sich auch ein paarmal mit der Hand durch das dicke schwarze Haar, wie es wohl ein Mensch zu tun pflegt, der Kopfschmerzen hat.

Die beiden Brüder sprachen erregt miteinander, doch verstand Billy kein Wort; denn die Autonummer waren Franzosen.

Billy guckt sich noch einmal genau das Plakat an, besieht sich den durch punktierte Linien eingezeichneten Saltomortale und sagt zu sich: „Alle Erungenschaften der Technik sind zum Gledverdienen da.“

Dann holt Billy sein Pferd — einen Tigerscheden, den er für wenig Geld gekauft hat — aus dem Stall und geht mit ihm auf diesem ungepflasterten Stückchen Erde nahe der Spree spazieren.

Ein Artist fragt besorgt, ob der Gaul einen Anfall von Kolik gehabt habe. Billy verneint.

Ein anderer fragt, ob der Gaul zu lange gestanden habe. Billy verneint.

Er schämt sich, den wahren Grund zu sagen; denn Billy geht hier mit dem Pferd spazieren, damit das mal wieder Erde unter den Hufen verspürt, richtige, wenn auch flebrige Erde. Er hat dann und wann Pferde in der Stadt gesehen. Sie alle waren pflastermüde und aus grenzenlosem Erbarmen mit der armen Kreatur läuft Billy hier im Schmutz mit seinem Pferd spazieren.

Sein Tigerscheden soll es gut haben. Billy klopft ihn ab. Der Gaul schnappt vor Freude und nimmt ein Stück von Billys Kermel ins Maul.

Der Abend des ersten Auftretens kommt, dieser Abend, der über ein Ereignis hinaus zum Schicksal wird.

Billy geht großen Schritten in die Garderobe, die im Erdgeschoß liegt und in der darum andauernd Licht brennen muß. Nebenan ist die Clowns Garderobe. Ein Clown sitzt vor ihr auf einem Stuhl und beschäftigt sich mit einer riesengroßen Puppe, die Frauenkleider trägt. Der Clown entstammt einem uralten Artistengeschlecht. Stolz sagt er von sich: „Wir stammen von Zigeunern ab.“

Er weiß, wie schwer für Keulinge das erste Auftreten ist. Darum fühlt er sich bemüht, Billy etwas Freundliches zu sagen, doch, er ist ein Spanier, er kann sich mit dem Cowboy nicht unterhalten. Da deutet er auf seine Puppe und sagt: „Hat immer guten Charakter, schilt nicht, schlägt nicht, ist nicht eifersüchtig, habe beste Frau von der Welt.“ Billy und der Clown lachen.

In der Garderobe gibt es einen Auftritt; denn Billy soll geschminkt werden. Er widersteht sich den Verschönerungsmahnahmen außerordentlich energisch, doch der Truppchef sagt: „Du kannst hier nicht herumlaufen wie ausgeföhrt Apfelmus.“ Darauf gibt Billy sich zufrieden.

Billy staunt über die prächtige Ausrüstung der Schau, über die Lederarbeiten an Zaumzeugen und Sätteln und die herrlichen Perftidereien. Nun, der Chef hat Verbindungen. Seine guten Freunde jagen immer in den kleinen Fordwagen durchs Land, und wo sie geschickte Indianer finden, da laufen sie ihre Handarbeiten gleich in Wasser auf. Man hat es verstanden, die Indianer zu begeistern und sie haben ihre Hausarbeit auf diese Bild-West-Schau eingestiftet. Darum besitzt der Chef indianische Perftidereien, wie sie kaum ein Museum aufzuweisen hat. Fachleute sind schon auf ihn aufmerksam geworden und haben mehr als einmal seinen Fundus bestaunt.

Endlich ist Billy für die Vorstellung hergerichtet.

Es ist Pause.

Er guckt in den Stallung, sieht ängstliche Zirkusbesucher und hört die befehlende Stimme des Oberregisseurs: „Rehmt doch die Kamele aus dem Gang. Das Publikum traut sich nicht in den Stall, wenn die Kamele im Weg stehen.“

Die Kamele werden abgeföhrt und trocken gelassen davon. Billy grient, die Städter haben vor Viehzeug Angst. Komisch, zu komisch ist das für ihn. (Fortf. folgt.)

Kartoffeltag.

Die Kartoffelbaugesellschaft e. V., eine Vereinigung von Fachleuten wissenschaftlicher und praktischer Art zur Förderung des Kartoffelbaues, hat sich zweifellos Verdienste auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft erworben. Das kam auch auf dem 15. Deutschen Kartoffeltag in der Philharmonie deutlich zum Ausdruck, wo der Vorsitzende, Dekonomierat Richter-Lausitz, in seiner Begrüßungsansprache darauf hinwies, daß es den deutschen Kartoffelbauern gelungen sei, vier Jahre hindurch gleich große Ernten zu erzielen und daß trotz der Rekordernünte 1930 und 1931 kein Landwirt bei den niedrigen Preisen die Produktion vermindert habe. In seinem Vortrag „Förderung und Fortschritt des Kartoffelbaues und der Kartoffelverwertung“ erörterte Ministerialrat Dr. Moritz alle die Maßnahmen, die durch Reichsmittel von wissenschaftlicher und technischer Seite zur Hebung des Kartoffelbaues in Angriff genommen wurden. In der Hauptsache ist es die Kartoffelartenregisterkommission, die den unerquidlichen Sortenwettbewerb und eine staatlich autoritative Saatgutbestimmung trifft. In dem kurzen Bestehen dieser Kommission ist es ihr bereits gelungen, die Zahl der verschiedenen Kartoffelsorten von 1200 auf 200 zurückzuführen und auch von diesen Züchtungen wird noch vieles zu bereinigen sein. Es handelt sich in der Hauptsache um die Herauszüchtung von widerstandsfähigen und doch ertragsreichen Sorten, die von der weitverbreiteten Krebskrankheit nicht ergriffen werden können. Die krebsfesten Sorten können also auch in krebsverseuchten Gebieten angebaut werden, bis diese Seuche abstrahlt. Die Untersuchung auf Krebsfreiheit geschieht in der Biologischen Reichsanstalt, und zwar wendet man hier, entgegen dem früheren sehr umständlichen Verfahren, ein Schnellverfahren an, bei dem die vorgezeimte Kartoffel mit einem Stüchchen Krebssträger infiziert wird, was nach 5 Stunden schon in seiner Wirkung feststellbar ist. In einem zweiten Vortrag behandelte der Hauptgeschäftsführer Janz-Berlin die wirtschaftliche Seite des Kartoffelbaues, bei dem er als günstiges Moment herausstellte, daß die Kartoffel in zunehmendem Maße Hauptnahrungsmittel des Volkes geworden ist. Um aber eine Rentabilität zu gewähren, müßte der Staat noch mehr die Einfuhr von landfremden stärkehaltigen Futtermitteln drosseln und notfalls sogar eine Sperrung der industriellen Schweinehaltung im Rüstengebiet (!) herbeiführen.

Das Gauauto beim Krawall.

Schluß der Beweisaufnahme im Heildorf-Prozess.

Zu erörtern war noch die unerwartete Aussage des Zeugen Riffa über das Gauauto des RSDAP, auf dem Kurfürstendam. Der Zeuge hatte in der Nähe von Michels im Augenblick, als der Wagenerteiler stoppte, zwei Autos beobachtet, die anscheinend miteinander in Verbindung standen. Einem von den beiden Autos, einem offenen Opelwagen, entstiegen drei Personen, sie machten einige Schritte und unterhielten sich mit Passanten, vermutlich waren das Graf Heildorf, Ernst und Gesehr. Die Nummer des anderen Autos hat sich der Zeuge notiert. Und siehe da, es war das Gauauto der Rationalsozialistischen Partei! Es wurde vom Führer der Motorstaffel, dem Kaufmann Schneider-Trohnau, gefahren und war auf seinen Namen eingetragen. Vor Gericht erklärte dieser Führer der Motorstaffel, er sei an dem fraglichen Abend zu Hause gewesen und das Auto in Reparatur. Auch die Reparaturwerkstätte wurde ermittelt. Die Bücher ergaben, daß das Auto erst am 14. September, also zwei Tage nach den Krawallen am Kurfürstendam, in Reparatur gekommen war. Bei den Vernehmungen durch den Kriminalbeamten erklärte der Inhaber der Reparaturwerkstätte, daß möglicherweise der Eingang des Wagens erst zwei Tage später in die Bücher eingetragen worden sei. Der gestern vernommene Monteur der Reparaturwerkstätte konnte nichts darüber aussagen, wann das Auto von ihm in Arbeit genommen und wann der Auftrag in die Bücher eingetragen worden war.

Augst vor der Eisernen Front.

Ein Vorfall, der sich gestern abend in Lichtenberg ereignete, beweist wieder einmal, wie sehr den Rechts- und Linksradikalen die Auffstellung der „Eisernen Front“ auf die Nerven gegangen ist. Gegen 20 Uhr fuhr durch Lichtenberg ein Auto mit der Nummer I A 56367, in dem sich mehrere junge Leute befanden. An den Sitzplätzen verlangte der Fahrer seine Fahrt, die Burken sprangen vom Auto und rissen die Plakate der „Eisernen Front“ ab. Das Papier warfen sie auf das Auto und fuhr davon. Nach Ansicht mehrerer Augenzeugen, die leider die Burken an ihrem Zerstückelwert nicht mehr hindern konnten, handelte es sich um Hakenkreuzler. Es wird der Polizei ein leichtes sein, auf Grund der Autonommer die Täter festzustellen.

Die handelsrechtliche Untreue

Katzenellenbogen und die Effekten-Konsortium G. m. b. H.

Im Schultheiß-Bahnhof-Prozess wurde gestern das Kapital Effekten-Konsortium G. m. b. H. erörtert. Es geht um denjenigen Anlagenskomplex, durch die Katzenellenbogen am meisten belastet sein soll. Wenigstens erklärte er gestern selbst, daß er gerade diesem Teil der Anklage das harte Schicksal einer nun drei Monate dauernden Untersuchungshaft verdanke. Der Vorwurf der Untreue, der gegen ihn in diesem Punkte erhoben worden sei, habe ihn zu Beginn des Verfahrens ganz aus der Fassung gebracht, denn er fühle sich vollkommen unschuldig. Der Vorwurf der handelsrechtlichen Untreue besteht nach der Anklage darin, daß bei Gründung der Effekten-Konsortium G. m. b. H. der Schultheiß-Konzern auf Aktien, die von der Ludwig Katzenellenbogen G. m. b. H. — also der Privatgesellschaft des Angeklagten — eingebracht waren, eine Kursgarantie übernahm, die bei den Kursstürzen im vorigen Jahr zu großen Verlusten für den Konzern führte.

Der Vorwurf der Anklage wird erst verständlich, wenn man auf den Sachverhalt, der ihr zugrunde liegt und wie ihn Katzenellenbogen gestern in der Verhandlung dargestellt hat, näher eingeht. Im Jahre 1927 wurde eine Kapitalerhöhung der Ostwerte und der Schultheiß-L. G. vorgenommen. Die Ludwig Katzenellenbogen G. m. b. H. war gezwungen, einen Betrag von 6 Millionen Mark aufzubringen, um die Jung-Aktien zu bezahlen. Es schien unumgänglich, diesen Betrag durch Verkauf von Ostwerten-Aktien aus dem Kreise der Verwaltung des Konzerns flüssig zu machen, weil dadurch ein Druck auf den Börsentum der Aktien eventuell ausgeübt worden wäre. Bei einer Rücksprache mit

Die große Botanisiertrommel

Streifzug durch die grüne Messestadt

Die 7. „Grüne Woche“ weist eine ganze Reihe interessanter Stände auf, die wert sind, zum mindesten registriert zu werden.

In einer von der Bauernschaft eingerichteten Koje in der Halle 1 sagt diese Spitzenorganisation der deutschen Bauern rund heraus, wo dem Viehzüchter der Schuh drückt: es sind die hohen jollgeschützten Futtermittelpreise. So muß für ein einziges Ei der deutsche Bauer viel mehr Futterkosten aufwenden als sein ausländischer Kollege. Unter jeweils gleichen Fütterungsmethoden erfordert ein Ei Futterkosten:

in Ungarn . . .	1,67 Pf.	aber in Deutschland . . .	2,74 Pf.
„ Holland . . .	1,80 „	„ „ „ „	3,08 „
„ Dänemark . . .	1,60 „	„ „ „ „	2,83 „

Eine ähnliche Rechnung haben die Bauern, deren Interessen sehr verschieden von denen der Großgrundbesitzer sind, für die Schweinemast aufgemacht. Es handelt sich um die Futterkosten für die Erzeugung von 1 Doppelzentner Schwein (Lebendgewicht) unter Zugrundelegung eines Verbrauchs von 5 Doppelzentnern Futtergetreide. Würde der dänische Bauer hierbei Mais verfüttern, müßte er 28,25 Mark aufwenden, der deutsche aber 89,50 Mark! Die für das Schwein verbrauchte Gerste würde den dänischen Bauern 29 Mark kosten, seinen deutschen Kollegen aber 75,50 Mark. Da haben die Bauern folgenden Satz groß an die Wand geschrieben: „Über trotz seiner viel höheren Futterkosten erhält der deutsche Bauer nur die gleichen Preise für



Holz Häuser und Waldnutzung in der Halle 1.

Die Gesellschaft. Februarheft.

Georg Decker: Sozialismus als Freiheitskampf.
Gustav Mayer: Friedrich Engels und die Weltkrise 1857.
R. Abramowitsch: Stalinismus oder Sozialdemokratie.
Und andere wertvolle Beiträge.

Bürgersteuer bei Kurzarbeitern.

Personen, die im Jahre 1930 einkommensteuerfrei waren, haben nach der bestehenden Rechtslage nur die halbe Bürgersteuer zu entrichten. Diese Vorschrift wirkt sich für die große Zahl der Kurzarbeiter, die im Jahre 1930 noch einen die Lohnsteuerfreigrenze übersteigenden Lohn gehabt hatten und von denen daher jetzt in der Steuerart die volle Bürgersteuer angefordert werden mußte, besonders hart aus. Der Reichsminister der Finanzen hat daher zur Befreiung dieser Härten dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung vorgelegt. Hiernach hat der Arbeitgeber bei solchen Arbeitnehmern, für die wegen Nichtüberschreitens der Lohnsteuerfreigrenze am Fälligkeitstag der Bürgersteuer Lohnsteuer nicht einzubehalten ist, statt der vollen, nur die Hälfte der in der Steuerart angeforderten Bürger-

seine Produkte wie der ausländische Bauer.“ Die Bauern verlangen billigere Futtermittel.

Holz gegen Benzin.

In der gleichen Halle steht übrigens eine beachtenswerte technische Neuheit: der Holzgasgenerator. Das Holz reißt sich in die Treibstoffe ein und nimmt den Kampf gegen das Benzin auf. Das Holz wird in einem Generator vergast. Dieser Generator kann in jeden Kraftwagen eingebaut werden. Mit dem gewonnenen Holzgas kann ohne Veränderung des Benzinmotors betrieben werden. Die Holzgasachseverständigen machen nun folgende Rechnung auf: Eine Fahrt mit einem 5-Tonnen-Lastwagen kostet von Westfalen nach Berlin, eine Entfernung von 500 Kilometern, mit Benzol per 100 Kilometer = 60 Liter à 40 Pf. = 24 Mark, auf 500 Kilometer, also 120 Mark. Mit Holz, wobei zerhacktes Eichenholz genügt, jedoch per 100 Kilometer = 2 Zentner Holz nur 2,40 M., auf 500 Kilometer also 12 Mark. Die Ersparnis beträgt 108 Mark oder 90 Proz. Der Landwirt hätte demnach in seinem eigenen Holz den besten und billigsten Betriebsstoff.

Ostdeutsche Teppichnupferei.

Sogar ein ganz neuer Gewerbebezweig ist auf der „Grünen Woche“ zu sehen. Die nach dem Vorbild der pommerschen Fischerteppiche eingeführte Ostdeutsche Teppich-Heimtextilnupferei. In Schönlank, fern an der Ostgrenze, hat man diesen Berufszweig jüngst eingeführt. Bisher arbeiten an 14 Webstühlen Frauen und Mädchen, die entweder selbst oder deren Angehörige aus dem Arbeitsprozeß gerissen wurden, die zum Teil auch als Verdienste der abgetretenen Gebiete dort an der Reichsgrenze eine notdürftige Zuflucht fanden. Die Muster spiegeln ostdeutsches Volksleben und heimische Landschaft wider. Der Gedanke, volkstümliche Motive des Ostens in diese Teppiche zu verarbeiten, fand schnell Widerhall in der Bevölkerung, in der die Erinnerung an die ehemals blühende Tuchindustrie die erst vor hundert Jahren durch die russische Zollgesetzgebung zugrunde ging, noch lebt. Zu einem Quadratmeter Teppich gehören 63 000 Knoten, die eine intensive Arbeit von 130 Stunden verlangen! Das Rohmaterial ist Wolle.

Besuch bei der Wollhandtrabbe.

Schließlich kann man einmal in natura die berühmteste Wollhandtrabbe sehen. Dieses aus China eingeschleppte Tier ist nicht etwa zu vergleichen mit jener kleinen Krabbe, die wir mitunter essen. Ausgewachsen ist sie vielmehr so groß wie ein halber Hummer! Im Finowkanal fanden Fischer neulich 100 Stück, die über eine Laichstelle hergefallen waren. So vernichten die gefräßigen Wollhandtrabben wertvolle Teile unserer Fischbrut, auch Fische fressen sie, und traurig stehen die Angler vor dem von der Preussischen Versuchsanstalt für Fischzucht ausgestellten Bassins, wobei einer eine neue Schreckensstunde bringt: „Selbst in der Ruhe, dem kleinen Fließchen bei Potsdam, ist sie schon. Es ist unheimlich, wie sie sich vermehrt.“ Daneben stehen ein paar Feinschmecker und Schmuntzeln: „Aber einen Geschmack hat sie, prima!“

steuerrate einzubehalten. Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Fälle, in denen bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerart nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist. Die vorgegebene Erleichterung soll, wenn der Reichsrat, dessen Ausschüsse in nächster Zeit zusammentreten, zustimmt, bereits für die Bürgersteuerrate gelten, die am 10. Februar 1932 fällig wird.

Mündelgelder unterschlagen.

Das Doppelleben eines Ingenieurs.

Auf Grund eines bereits gegen ihn schwebenden Untersuchungsverfahrens wegen Unterschlagung hat sich der 44 Jahre alte Ingenieur Rudolf Weiße aus der Berliner Straße in Pantow bei der Kriminalpolizei selbst gestellt. Er sollte vor dem Amtsgericht erscheinen, um Rechenschaft über den Verbleib von Mündelgeldern abzulegen, die — in Höhe von 11 000 Mark — verschwunden waren. Bevor es jedoch zu dem Termin kam, ging Weiße zum Mezzanienplatz. Er gibt zu, das Vermögen seines Mündels, eines jungen Mädchens, unterschlagen zu haben, will aber nicht mehr wissen, zu welchen Zwecken er das Geld verwendet hat. Nach und nach hatte er von dem Bankkonto seines Mündels zusammen etwa 11 000 M. abgehoben, kürzlich erst sogar 3000 M. auf einmal, über deren Verbleib er keinerlei Auskunft geben will. Wo sein Mündel einmal einen kurzen Bericht von ihm forderte, wich der Ingenieur aus, so daß sich das Mädchen an die vorgegebene Behörde wandte. Vom Amtsgericht wurde Weiße nun aufgefordert, Rechenschaft abzulegen. In einem langen Abschiedsbrief an seine Braut offenbarte Weiße, daß er lange Zeit hindurch ein Doppelleben geführt habe. Darüber selbst gibt der Brief jedoch keine Auskunft, wie auch der Beschuldigte sich in Schweigen hüllt und erklärt, nicht mehr zu wissen, was er mit dem Gelde angefangen habe. Weiße wurde in Haft genommen und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Seine Unterschlagungen gehen bis in den August des vergangenen Jahres zurück.

Scheidung.

Im Rechtsauschuß des Reichslandes wird in der nächsten Woche die Entscheidung über den S. P. D. Antrag Nr. 492 auf Aenderung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über Ehescheidung fällen. An Stelle des Schuldprinzips soll das Fürtütungsprinzip treten. Bei dreijähriger Trennung soll Scheidung ohne Aurollung der Schuldfrage ausgesprochen werden. Auf Grund dieser Materie hat Rechtsanwalt Dr. Siegfried Neumann ein Schauspiel „Scheidung“ geschrieben, das von der Spielgemeinschaft Berliner Schauspielers täglich, 20 Uhr, vom 4. bis 10. Februar, im Komödienhaus, Schiffbauerdamm 25, aufgeführt wird. Der Besuch der Aufführung wird den Mitgliedern der unterzeichneten Verbände ganz besonders empfohlen und zwar erhalten sie Vorzugskarten zum Preise von 1 M. an der Kasse des Theaters, No. 6, am Schiffbauerdamm 25; im Freienterhaus, Oranienaustr. 41; in der Geschäftsstelle des Verbandes „Eherechtsreform G. V., Berlin-Köpenick, Randsdorfer Str. 149; im Verbandslokal, Restaurant „Zum Einflieger“, Neue Promenade 9/10 (am Bahnhof Börse).

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Bredow). Deutscher Freienterverband (Schmidt). Bezirksauschuß für soziale Bildungsarbeit und Arbeiterbildungsschule (Schent). Kartell für Arbeitersport und Körperpflege (Barthelmann). Deutsche Liga für Menschenrechte (Großmann). Verband „Eherechtsreform G. V.“ (Jung).

Sozialismus der dümmeren Kerle.

Ein neues „Feder“-Programm.

Gottfried Feder, der nationalsozialistische Wirtschaftstheoretiker, Schöpfer des „unabänderlichen“, in Wirklichkeit schon längst begrabenen Wirtschaftsprogramms der Nazis, hat sich wieder einmal aus der Ecke hervorgewagt, in die er von seiner Partei gestellt wurde. Er hat in Lüneburg einen Vortrag über den nationalsozialistischen „Zukunftstaat“ gehalten.

Nur ein paar Kostproben aus seinem wahrhaft italienischen Salat. Feder verspricht seinen Zuhörern, daß das Dritte Reich sämtliche Arbeitslose in Beschäftigung bringen wird. Wie soll das bewerkstelligt werden? Sehr einfach: eine Million Arbeitslose wird bei der Erzeugung von Anlagen für die Wasserstoffgasversorgung beschäftigt werden, eine weitere Million vom Arbeitsdienst übernommen, weitere Hunderttausende bei Hausreparaturen beschäftigt, die durch die Beseitigung der Hauszinssteuer ermöglicht werden, und der Rest wird durch Umstellung zur Autarkie und planmäßige Förderung des Bau- und Siedlungswesens Arbeit finden.

Der Leser wird zunächst die erstaunte Frage stellen, was denn das für eine geheimnisvolle, bisher unausgenutzte Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit sei, die in der Wasserstoffgasversorgung liegen soll. Feder hat als Ingenieur (das ist er auch), in Lüneburg die epochale Entdeckung gemacht, daß der Höhepunkt der deutschen Industrieentwicklung überschritten sei und nur mehr auf dem Gebiet der Wärmenerzeugung noch etwas zu tun bleibe. Hier will er also (übrigens zum Segen der Ruhrmagnaten) Milliarden für neue Anlagen opfern. Als Wirtschaftstheoretiker ist ihm nicht einmal der Gedanke gekommen, sich zu überlegen, ob denn Anlagen dieser Art auch wirtschaftlich zweckmäßig sind, ob ihr Ausbau nicht andere, billigere arbeitende Anlagen überflüssig macht usw.

Aber Zweifel und Skrupel sind nicht die starke Seite von Theoretikern des Dritten Reiches. Das gilt auch für die Frage, woher das Geld kommen soll, um unrationelle Kräfteerzeugungsanlagen

zu bauen, um einer Million Menschen Beschäftigung im Arbeitsdienst zu sichern, um weitere Millionen Menschen im Bau- und Siedlungswesen zu beschäftigen, um das Loch, das eine Beseitigung der Hauszinssteuer im Staatshaushalt reißt, wieder zu stopfen usw. Aber freilich: Feder hat ja schon sein Allerweltsrezept, das er nur nicht mehr recht anzupreisen wagt, weil es heute den Nazis politisch unerwünscht ist, als Inflationsmacher gebrandmarkt zu werden. Das heute ängstlich verborgen gehaltene Rezept Feders ist nämlich: das Geld wird gedruckt. Wie man diesen Feder auch wendet und dreht, es guckt immer wieder nur die Inflation aus ihm heraus. Sein Reich, das Dritte Reich, für das der Himmel auf Erden versprochen wird, kann eben nur ein Inflationsreich sein.

Wie kann man aber auch hoffen, einem Wirtschaftsführer von Feders Rang klarzumachen, daß durch die Umstellung zur Autarkie (Schluß mit aller Einfuhr!) die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte nicht vermehrt, sondern im Gegenteil vermindert wird; denn Uebergang zur Autarkie bedeutet das Ende des Exports, der heute noch 2 Millionen Arbeitern Beschäftigung gibt.

Wir wollen nur noch feststellen, daß Feder nach wie vor unter nationalsozialistischer „Sozialisierung“ die Abkehrung der Verstaatlichung des Produktionsapparats versteht, er begnügt sich mit der Verstaatlichung des Kreditwesens und meint damit wohl „das große Ziel“ der Enteignung einiger jüdischer Bankiers.

Auf den Nationalsozialismus wurde einmal das Wort geprägt: Der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle. Das Wort wurde fälschlich geistreich dahin variiert, die Autarkie sei die Planwirtschaft der dummen Kerle. Man kann noch hinzufügen: der Feder-„Sozialismus“ ist die Planwirtschaft der dümmeren Kerle.

glatt verdrückt, die Aktionäre erhalten großzügige Abfindungen und Vergünstigungen, die Banken sanieren ihre Verluste und gemeinsam sabotieren sie eine vernünftige Gesamtlösung. Eine derartige unmögliche Regelung wird dann als „das größte Opfer der Großaktionäre“ bezeichnet. Das ist schon eine allzu plumpe „Verdrehung“, um uns der Ausdrucksweise der oberstehenden Quelle der beiden reaktionären Blätter zu bedienen.

Wenn die öffentliche Hand überhaupt noch neue Opfer verantworten zu können glaubt, so nicht zur Schadenshaltung von Großaktionären und Großbanken, sondern lediglich zur Gesamtbereinigung der oberstehenden Monatanindustrie, selbstverständlich unter öffentlicher Kontrolle.

Ein mißglückter Fischzug.

Um die Mißwirtschaft der „Bank für deutsche Beamte“.

In einem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags hat der Liquidator der durch die Schuld der Geschäftsleitung und das völlige Versagen des deutschnationalen Aufsichtsrats seinerzeit zusammengebrochenen Bank für deutsche Beamte festgestellt, daß 11 1/2 Mill. Verpflichtungen nur 4,0 Mill. Aktien gegenüberstanden, daß die berichtigten Bildergeschäfte Verluste von nicht weniger als 3 Millionen, die Geschäfte mit einem Jugoslawen 1,2 Mill. Verluste gebracht haben und daß ein Baron Buchwitz, der mit Sage und Schreibe 10 Mark Bankanteil glücklicher „Genosse“ war, daraufhin 400 000 Mark geliehen erhielt. Alle Welt erinnert sich noch der Bergweisung und berechtigten Empörung der betroffenen Beamtenspare.

Nun sind wieder Wahlen in Aussicht. Die deutsche nationale Presse ist schamlos genug, jetzt die preussische Regierung für die unerhörte Mißwirtschaft der Bankleitung und das Versagen des Aufsichtsrats verantwortlich zu machen, statt mühsamstills zu bleiben und das Urteil der Wähler nicht in so leichtfertiger Weise herauszufordern.

Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ sieht sich jetzt zu Feststellungen genötigt, die die Verleumder in ihre Schranken weist. Nicht das angegriffene preussische Handelsministerium, sondern der Aufsichtsrat sei für die Ueberwachung der Geschäfte der Bank verantwortlich gewesen. Es stehe allenmäßig fest, daß die Bank ohne Wissen und ohne Zutun des Ministeriums die Aufnahme in den Genossenschaftsverband des Reichsverbandes (!) nachgesucht und gefunden hat (nachdem nämlich der Revisionsverband gewerblicher Genossenschaften, dem die Bank bis dahin angehört hatte, Fehler in der Geschäftsführung schon festgestellt und Abstellung verlangt hatte. D. N.) Die Behauptung wird als Schwindel entlarvt, daß das Handelsministerium die Enthaltung des Berichtes des Revisionsverbandes der gewerblichen Genossenschaften der Generalsoberammlung gegenüber empfohlen habe. Allenmäßig sei hinsichtlich des neuen Revisionsverbandes das Gegenteil festzustellen. Freilich hätte das Ministerium beim Reichswirtschaftsgericht ein Verfahren zur Entziehung des Depot- und Depositenrechts einleiten können. Damals, im Jahre 1927, war aber die Bank noch durchaus lebensfähig, wenn sie, wie gefordert, reorganisiert worden wäre. Ein solches Verfahren hätte damals aber den sofortigen Zusammenbruch zur Folge gehabt.

Es ist erweislich, daß der Staat der hier versuchten wirklich unerhörten öffentlichen Irreführung mit authentischem Material entgegengetreten ist. Der unverantwortlichen Schädigung der Beamtenspare nach die Irreführung über die Verantwortung von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat hinzuzufügen zu wollen, dazu gehört wirklich die Stirn, die man nur bei Deutschnationalen Hugenbergscher Prägung vermuten kann.

Millionenverlust bei Stollwerck.

Zusammenbruch der Expansionspolitik.

Die Stollwerck A.-G. in Köln, eines der führenden Schokoladenunternehmen in Deutschland, muß, wie viele andere vom Konzernwahn beherrschten Gesellschaften, ihre stiellose Expansionspolitik teuer bezahlen. Nachdem schon im vergangenen Jahr die Dividende von 9 auf 5 Prozent getriert war, hat das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr 1930/1931 einen Verlust von fast 3,4 Millionen Mark gebracht. Die Verwaltung schlägt der Generalsoberammlung zur Sanierung eine Zusammenlegung des Aktienkapitals (16,5 Millionen Mark) im Verhältnis von 10:6 vor.

Schon auf der Generalsoberammlung im Dezember 1930 machte sich unter den Aktionären eine starke Opposition gegen die Auffaugepolitik der Stollwerck-Verwaltung geltend. Die überraschende Dividendenkürzung von 9 auf 5 Prozent wurde bereits damals mit dem Kauf der Reichardt-Werke in Wandsbeck in Zusammenhang gebracht. Hier liegt auch die wesentliche Verlustquelle. Wie sehr sich Stollwerck bei dem Konzernausbau übernommen hat, zeigt die finanzielle Entwicklung in der Zeit, als die Expansion wirksam wurde. Ende Juni 1930 bestanden nur 2,13 Millionen Bankschulden und 2,9 Millionen Mark weitere Schulden, während die Forderungen rund 6,85 Millionen Mark erreichten. Bis zum Jahresende 1930 waren die Bankschulden bereits auf 5 Millionen aufgelaufen und darüber hinaus mußte noch eine langfristige Schuld von 6 Millionen Mark zur Finanzierung der Auffaugepolitik aufgenommen werden. Bis Ende 1930 war aber die volle Last der Aufkäufe von Reichardt, Gaebde und Goldina noch nicht wirksam geworden, so daß sich 1931 die Finanzlage dementsprechend zugespitzt hat. In den Strudel der Konzernexpansion sind auch die fast 3 Millionen Freigabegelder, die Stollwerck 1929 aufgespeichert hatte, verschwunden.

919 Millionen Rußlandaufträge.

Die Sowjetunion hat im vergangenen Jahr nach der jetzt veröffentlichten Uebersicht der russischen Handelsvertretung in Deutschland insgesamt Aufträge im Werte von 919,3 Millionen Mark vergeben. Der Auftragswert, der im Jahre 1930 an die deutsche Industrie vergebenen Bestellungen erreichte nur 366 Millionen Mark, so daß die russischen Aufträge 1931 eine Steigerung von mehr als 62 Prozent aufweisen.

Der Löwenanteil der Rußlandaufträge entfiel, wie schon in früheren Jahren, auch 1931 auf Maschinen und Installationen, besonders für schwerindustrielle Anlagen. Die Bestellungen allein machten 26,5 Prozent der Gesamtaufträge aus. An zweiter Stelle folgen die Importe für Eisen, Stahl und andere Metalle, auf die rund 21 Prozent der Gesamtaufträge entfielen. Im dritten Quartal des letzten Jahres ist die Sowjetunion an die zweite Stelle der Abnehmer deutscher Waren gerückt, und hat allein mehr deutsche Exporte aufgenommen, als Nord- und Südamerika zusammen.

Börse ohne Burgstraße.

Die Spekulation gedeiht auch jetzt. — 1932 brachte bisher starke Kursgewinne.

Als am 13. Juli des vorigen Jahres die Danabank zusammenbrach, wurden alle deutschen Börsen geschlossen. Am 7. September wurden sie wieder geöffnet, es klappte alles wieder erwartungsgemäß, anderthalb Wochen lang überstürzten sich die Kurse nach oben, darauf anderthalb Wochen lang nach unten, bis die englische Finanzkatastrophe einen willkommenen Vorwand bot, etwas zu tun, was man auch ohne diesen Vorwand kaum noch einen Tag länger hätte hinauschieben können: die Börsen wieder zu schließen. Seitdem gibt es keine Börse mehr, wohl aber gibt es seit diesem 21. September trotzdem noch einen ausgedehnten Effektenhandel.

Viele Besitzer von Effekten nämlich wollen oder müssen ihren Besitz abstoßen, andere wollen kaufen und sie gehen daher alle zu den Banken, um deren Vermittlung in Anspruch zu nehmen. Diese Lage hat einen Teil der Börsenmakler — und zwar die feinsten — veranlaßt, sich umfangreiche Telefonanlagen bauen zu lassen und wiederum zwischen den Banken zu vermitteln.

In einer riesigen Zahl von Telefongesprächen rufen sich jetzt Tag für Tag von morgens um 9 Uhr bis abends um 7 Uhr laufende und verkaufende Banken, laufende und verkaufende Makler an, um ihre Aufträge und — nicht zu vergessen — ihre Spekulationen auszuführen.

Den Umfang dieses Handels wird man wohl auf ein Fünftel bis ein Viertel dessen annehmen müssen, der bei geöffneter Börse abgewickelt wird. Abgesehen von dem Mangel jeglicher Verdienstmöglichkeit für den allergrößten Teil der ungefähr 700 Makler der Berliner Börse, das sogenannte Börsenproletariat — um die entlassenen oder miserabel bezahlten Angestellten, das wirkliche Börsenproletariat, kümmert sich natürlich niemand — hat der Telephonhandel noch eine üble Folge: viele Käufer und Verkäufer aus dem „Publikum“ würden sich wundern, wenn sie die Kurse, zu denen ihnen die Banken ihre Geschäfte abrechnen, mit den Kursen vergleichen könnten, zu denen diese Geschäfte wirklich abgeschlossen worden sind. Sie können zwar nicht vergleichen, weil durch Notverordnung jede Veröffentlichung von Kursen untersagt ist. Aber es hat sich schon herumgesprochen, was hier vorgeht, und in der Hauptfrage aus diesem Grunde wird kräftig nach Wiedereröffnung der Börse gerufen. Doch Luther will nicht. Luther befürchtet große ausländische Verkäufe deutscher Wertpapiere und im Zusammenhang damit Devisenchiebungen. Im folgenden wollen wir, so wie es erlaubt ist, das heißt ohne Kursnennung, kurz betrachten,

wie sich seit der Schließung der Börse die Kurse im Telephonhandel entwickelt haben.

Interessant ist die Bewegung der Bankaktien. Dresdner Bank, die schon damals erheblich unter der Hälfte ihres Nominalwertes standen, haben sich so gehalten. Ebenso wie sie stehen die Aktien der Deutschen Bank, die damit allerdings ein Drittel ihres Wertes vom 18. September — dem letzten Börsentage — verloren haben. Ein paar Prozent höher stehen die Aktien der Danabank, wohl noch immer in der Hoffnung, daß das Reich außer den Sparern nicht nur die Anleger, sondern auch die Aktionäre schützen werde! Die Aktien der Reichsbank, deren letzter Börsenkurs ungefähr 100 war, verloren bis zu dem kritischsten Tage, dem 12. Dezember, etwa ein Drittel ihres Wertes, haben aber ihren Verlust wieder eingeholt.

Ingefahr ebenso verlief die Entwicklung der I.G. Farbenaktien, die jedoch auf ihrem tiefsten Stand nur etwa ein Viertel ihres Wertes vom 18. September eingeholt hatten. Die Aktionäre des Stahlwerks müssen sich mit einem Kurse begnügen, der ihnen nur ein Fünftel des Nominalwertes läßt, sie haben aber sogar hieron im Dezember einmal nur wenig mehr als die Hälfte gesehen. Ebenso stark wie bei den deutschen Aktien waren die Schwankungen bei den ausländischen, von denen die bekanntesten, die der spanischen Elektrizitätsgesellschaft Chade, heute höher stehen als am 18. September und um die Hälfte höher als am 12. Dezember. Ueberhaupt haben sich alle Kurse seit Anfang Dezember ständig und in den letzten

Tagen besonders stark aufwärts bewegt. Morgenröte? Wahrscheinlich nicht. Es ist noch zu viel Jaul in Deutschland.

Der Entwicklung der Pfandbriefe

Kommt eine ungleich größere Bedeutung zu als derjenigen der Aktienkurse. Einmal, weil Pfandbriefe in ausgedehntem Maße zur Anlage des Vermögens der öffentlichen Versicherungen und zu ähnlichen Zwecken dienen und dann, weil die Biele Rotverordnung bei den meisten von ihnen bekanntlich die Zinsen verkürzt hat, wodurch natürlich ihr Wert verringert wird. Die Pfandbriefe der Hypothekbank haben im allgemeinen vom 18. September bis zu dem tiefsten Punkte, der bei ihnen zwei Wochen nach dem Erscheinen der Biele Rotverordnung erreicht war, ungefähr 15 Proz. ihres Wertes verloren und von diesem Verlust bis jetzt rund die Hälfte wieder aufgeholt. Bei 6 Proz. Jahreszinsen stehen sie nunmehr auf etwa drei Vierteln ihres Nominalwertes.

Eine besonders starke Aufwärtsbewegung haben in der letzten Zeit die Industrieobligationen durchgemacht. Die Obligationen von Krupp halten jetzt bei zwei Dritteln ihres Nominalwertes und stehen damit erheblich höher als während der letzten Börsenzeit. Der Obligationenkurs des Stahlvereins bewegt sich um die Hälfte des Nominalwertes herum, nachdem er schon einmal auf nicht viel mehr als einem Viertel davon gestanden hat.

Ähnlich war sie auch bei den öffentlichen Anleihen. So sind z. B. bei der Berliner Stadtkasse Kursstand und Bewegung genau so, wie sie eben von den Stahlvereinsobligationen geschildert wurden.

Die oberstehende Sanierung.

Unternehmerblätter wollen Tatsachen verdrehen.

Unsere Kritik an dem bekannt gewordenen Sanierungsprojekt für Oberhütten veranlaßt die „Berliner Börsen-Zeitung“ und die „Bergwerkszeitung“ zu einer Entgegnung und „Richtigstellung“. Danach könne gar nicht die Rede davon sein, daß Oberhütten „völlig fertig“ sei, nach dem Sanierungsplan bräuchten ferner die Großaktionäre, also in erster Reihe Graf Ballestrem, die größten Opfer und beileibe nicht die öffentliche Hand.

Oberhütten hat für das letzte Geschäftsjahr noch keine Bilanz veröffentlicht, so daß man zur Beurteilung auf die bisher bekannt gewordenen Einzelheiten angewiesen ist. Diese sprechen freilich eine deutliche Sprache. Das Unternehmen war außerstande — nach fünf Jahren Zinsbesetzung — auf die öffentliche Schuld auch nur die erste Zins- und Tilgungsrate in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark zu entrichten. Die Oberhüttenschulden betragen etwa 60 Millionen Mark, nach dem Sanierungsplan werden insgesamt 40 Millionen Mark Kapitalzusammenlegung und Gläubigerverzicht für notwendig erachtet; im laufenden Jahre soll ein Verzicht von 11 Millionen Mark eingetreten sein. Weder der Ballestrem-Konzern noch die Banken können oder wollen neue Mittel zur Fortführung des Betriebes zur Verfügung stellen. Wir überlassen es den Lesern der betreffenden Zeitungen, zu beurteilen, ob bei dieser Sachlage der Oberhüttenkonzern als „fertig“ anzusehen ist.

Bei der letzten Vorgeschichte Sanierung ist uns bisher nicht bekannt geworden, daß die Großbanken auf ihre fast 100prozentigen Sicherheiten zugunsten der Wertpapierer verzichteten, der Wertpapierer, die doch offenbar einen wesentlich stärkeren moralischen Anspruch auf einen dortigen Verzicht hätten und bedürftiger sind als die Gräflich Ballestrem'sche Vermögensverwaltung. Aber die öffentliche Hand soll trotz absoluter Sicherheit — Reich und Preußen besitzen auf Grund des Pfandrechts uneingeschränkte Verfügungsgewalt über die Oberhüttenbetriebe — zugunsten der Magnatenfamilie und zugunsten der Großbanken nach großen vorangegangenen Opfern nochmals auf effektiv 18 Millionen Mark

Das Arbeitsbuch

und nicht Künstler; es ist erstaunlich, was er trotzdem kraft seines Genies, auf dem Gebiete der Porzellanformung, in Gemeinschaft mit Irmingar geleistet hat.

Seine beiden Erfindungen, die des roten wie des weißen Porzellans, lassen sich kurz hintereinander in das Jahr 1708, August der Starke besah Verständnis genug, die Entwicklungsmöglichkeiten der Böttgerischen Erfindung zu erkennen und sie für sich und sein Land auszubeuten. Am 23. Januar 1710 wurde die kurfürstliche Manufaktur in Meissen begründet, deren gekrönte Kurzschwärter als Signet in blauer Farbe seitdem einzigartigem Bestrahlung gewonnen haben. Böttger wurde der erste Leiter dieses Instituts, das seinen wahren Aufstieg freilich erst nach seinem Tode, mit der Berufung Herpolds und vor allem des großen Bildhauers Kändler (1731) begann. Selbstverständlich war Böttger seitdem von dem fürchtbaren Druck der Goldmacherei befreit, wenn er auch mit noch manche seiner Nachfolger, wegen des Geheimnisses der Porzellanherstellung eifersüchtig bewacht wurde. Die letzten 9 Jahre verbrachte er in der Stille Meissens, mit seiner Manufaktur und seinen technischen Verbesserungen beschäftigt; bis zu seinem Tode wurde auch das Staatsgeheimnis gehütet, erst 1719 entstand in Wien die erste Konkurrenz. Er starb am 13. März 1719 in Dresden.

Dieser Mensch traf ich vor kurzem in einer Gesellschaft. Beide fühlten wir uns nicht unendlich heimlich, beide gingen wir lächerlich fast durch Zufall gemeinsam. Die Geschichte, die er mir in einem kleinen Café später erzählte, drang nicht in die Oeffentlichkeit, beschaltigte nicht die Blätter der Reporter. Dennoch ist, was ihm widerfuhr, darum nicht weniger wert, von diesen Menschenherzen erlebt und empfunden zu werden.

„Wissen Sie, ich mag diese lärmenden Gesellschaften nicht, die so wenig in unsere Zeit passen. Als junger Anwalt, der sich gerade in seinem ersten nennenswerten Prozeß die Sporen verdient hat, kann ich mich aber diesen Verpflichtungen leider nicht ganz entziehen. Menschliche Beziehungen entstehen selten aus solchen Zusammenkünften. Sie werden mir zugeben, daß es nicht genügt, gleiche Interessen zu haben, um Freundschaft oder nur Sympathie füreinander zu empfinden...“

Dieser Mensch, er war Rechtsanwalt, wie er selbst erwähnte, sah mir gegenüber und machte einen sehr guten Eindruck auf mich. Er war ausgezeichnet gekleidet, das heißt, sehr einfach, seinem inneren Gefühl entsprechend. Seine Hände waren schlank, und er bewegte sie ruhig und grazios, wie Frauenhände. Die Haare dunkel, die Augen von einem hellen, klaren Grau und ein wenig von dem Schleier eines kleinen Traumes überdeckt, den manche Menschen zeitlebens nicht abzuschütteln vermögen, auch nicht in ihren wachsten Stunden.

„Wir sprachen dort“ — mit einer leichten Bewegung wußte er das gastfreie Haus bedeuten, das wir vor kurzem verlassen hatten, — „von Dingen, die man in der Vergangenheit verfaßt und an die man später oft denken muß, wie an für immer verlorene, ungeborene Schätze. Da wurde ich auf Sie aufmerksam. Ich glaube, Sie werden meine Geschichte verstehen. Wollen Sie sie hören?“

„Ja“, sagte ich.

„Vor ein paar Tagen hatte ich geschäftlich im städtischen Hundamt zu tun, und nach Erledigung meiner Arbeit zeigte mir der neubefundene, junge Direktor seine Schätze, die in vielen Sälen aufgespeichert waren, mit folgenden Worten:

„Ich bin gerade dabei, Inventur zu machen. Tatsächlich hat vielleicht kein Warenhaus ein so vollständiges Sortiment an Regenschirmen, Stöcken, Kissenmappen, Handtaschen und Handschuhen wie wir.“

Ich mußte ihm recht geben beim Anblick dieser unermesslichen Vielfalt an verlorenen Gegenständen größeren und geringeren Wertes. Auf unserer Wanderung kamen wir in einen kleineren Raum, der in einem alten Flügel des Gebäudes lag. Der Raum war gewölbt, ein großes, vergittertes, aber schon ziemlich erblindetes Fenster erhobte ihn nur dürftig.

„Das sind meine Antiquitäten“, sagte der junge Direktor lachend zu mir. „Sie finden hier Gegenstände, die seit zehn und zwanzig Jahren unangehört da lagern und die, weil sie zum großen Teil nicht den geringsten Verkaufswert vorstellen, vielleicht auch einer sehr kleinen Anzahl meines Vorgängers zufolge, als Raritäten hier versammelt sind. Man könnte eine Ausstellung daraus machen: Verlorenes aus drei Jahrzehnten.“

Ich sah nicht genau, was da alles angehäuft war, wie gesagt, es war dämmerig im Raum und man konnte nur deutlich erkennen, was in nächster Nähe lag. Alte Kollifische, Hundemarten, Schüsseln, Schuhschuhe, einzelne Handschuhe, Bilder, rostige Taschmesser, zerbrochene Scheren.“

Der junge Anwalt schloß einen Augenblick. Dann hob er den Kopf und sah mich an, aber es schien mir, als blühte er durch mich hindurch in eine mir unbekante Ferne.

„Haben Sie es schon einmal erlebt, daß Sie nach diesen Jahren angestrengten, von Kämpfen zerrissenen Lebens in das Haus oder in die Stadt Ihrer Kinderjahre heimkehrten? Das muß ein großes Erlebnis sein. Ich, wissen Sie, habe meine Eltern früh verloren und kam bald unter fremde Menschen. Nur wenig barmherzig an die Vergangenheit. Aber davon will ich erzählen.“

Wenig hatte ich mit der Vergangenheit gemein, aber als ich dort im Gewölbe vor dem toten Haufen vergessenen Gerümpels stand, beschlich mich ein lange nicht empfundenes Gefühl. Ich schämte mich nicht, es Ihnen zu sagen: Es war Sehnsucht. Sehnsucht nach einer Erinnerung, die ich nicht haben konnte, weil mir die Kindheit gefehlt hat, die das Leben der meisten kleinen Menschen beginnt. Die Sehnsucht, Sehnsucht zu empfinden, wenn Sie wollen. Das alles war kein Zufall. Seit jenem Erlebnis — es liegt erst wenige

Tage zurück — glaube ich an Bestimmung. Denn hören Sie, was weiter geschah.

Während der neue Direktor von den Notwendigkeiten seines Dienstes berichtete, strich ich meine Hand aus und ergriff maßlos ein kleines, dünnes Büchlein, das zu oberst auf einem Turm von Heften und Papieren lag. Es war einst schwarz gewesen, ein Pappdeckel mit Velin überzogen, sehr verblüht, mit abgegriffenen Kanten. Als ich es aufschloß, raschelte das vergilbte, ausgetrocknete Papier zwischen meinen Fingern. Ein Arbeitsbuch. Das Buch einer Dienstmagd. Ausgestellt im Jahre 1894. Ich blätterte es von hinten durch. Da war ihre letzte Stelle — anscheinend ehe sie das Buch verloren hatte. Landgerichtsdirektor Professor Reustreiß. Tadellose Führung, sehr fleißig und anhänglich, diene bei mir fünf Jahre — lasse sie ungern fort. Der nächste: Ein Hausinspektor. Wieder fünf Jahre. Dann in einer Wäscherei tätig. Und dann, noch früher, auf einem Landgut in Brandenburg. Ich sah starr auf das Buch herab und meine Hand zitterte. Denn hier und da hatte sie selbst Bemerkungen auf den Rand geschrieben, in ungelagerter Handschrift. Mein Herz begann heftig zu klopfen. Ich hatte das erste Blatt des Buches noch nicht umgeschlagen, den Namen der alten, braven Magd noch nicht gesehen. Ich wußte, sie war schon tot. Ich schloß das Heftchen und legte mit großer Anstrengung, gleichgültig zu scheinen: „Überlassen Sie mir das Buch, Herr Direktor“, ich lächelte. „Als Erinnerung an Ihre Antiquitätenammlung.“ Ich empfand große Angst, daß er es nicht tun würde, denn das Buch war für mich ein unvermeidlicher Schatz. Doch er sagte freundlich:

„Aber gern, nehmen Sie nur immer mit, was Ihnen gefällt. Hier wird ohnehin bald großreinem gemacht.“

Ich dankte. Ich hatte es plötzlich eilig. Ich trat auf die Straße, fuhr heim und schloß mich in meinem Zimmer ein. Ich nahm das Buch zur Hand, das erste Blatt. Hier stand es: Emilie Merkel. Wissen Sie, wessen Schrift es war? Ich habe genug in Kästlein gesprochen, und vielleicht, so wahrscheinlich, berührt Sie dies alles nicht so nah, wie es mich berührte. Es war die Schrift meiner Großmutter.

Es bleibt nur noch wenig zu erzählen. Vor allem: Ist das nicht wunderbar? Einmal hatte sie das Buch verloren. In dieser Stadt, auf ihren Gängen, die sie für andere Leute besorgte, sie war nicht mehr jung damals, ihre Hand zitterte vielleicht, das Buch entglitt ihren Fingern und heute finde ich es wieder. Und aus geheimsten Tiefen meines verflochtenen, von fremden Menschen verpesteten Bewusstseins, brach der Strom lebendiger Erinnerung hervor. Ich weiß nicht, ob Sie verstehen, was das bedeutet. Ich bin nicht nur ein Mensch, der seine Angehörigen kaum gekannt hat, der in der Fremde aufwuchs, der nur Erholung in der Arbeit fand. Menschen haben gelebt, die mit dem Seherauge der Liebe mich schon damals dort sahen, wo ich heute stehe, mich kannten, wie ich heute bin. Meine Mutter war ein uneheliches Kind. Ich entsinne mich ihrer kaum. Die Eltern starben, als ich vier Jahre alt war. Meine Erziehung übernahm der Staat. Von meiner Großmutter wußte ich nur, daß sie irgendwo lebte, einmal im Monat schrieb sie mir einen Brief. Diese Briefe konnte ich nur schwer entziffern. In großen Zeitabständen besuchte sie mich. Sie kam stets mit einer kleinen Handtasche an, brachte mir Kuchen, selbstgestrickte Handschuhe und Wollwärmern mit. Stets trug sie schwarze Garnhandschuhe bei ihren Besuchen. Ich weiß heute, daß sie es vielleicht tat, um mich ihre schwieligen Hände nicht sehen zu lassen. Sie sprach wenig, sah mich lange an, und ich fühlte mich oft unbehaglich in ihrer Nähe. Damals war sie schon alt, ihre Nase trat scharf aus dem eingefallenen Gesicht. Ich wußte nicht, daß sie für andere Leute arbeitete. Einmal kam die Nachricht von ihrem Tode. Als ich aus der Anstalt kam, teilte man mir mit, daß mir meine Großmutter 500 Mark hinterlassen habe, und mit diesem Gelde begann ich zu studieren. Wissen Sie jetzt, was für mich dieses Arbeitsbuch bedeutet, das ich fand? Ich weiß, daß ich geliebt wurde. Und es ist schwer, nicht mehr wiederzuleben zu können.

Einmal kommt die Vergangenheit, die man nicht geliebt hat, zu einem, und der Schmerz um Verlorenes weicht uns erst zum Menschen.

Glauben Sie mir, ich lebe erst seit wenigen Tagen.“ Sprach der junge Mann.

Es war spät geworden. Wir verließen das Café.

Paul S. Schmidt: Johann Friedrich Böttger

Von dem Erfinder des Porzellans

Das Schicksal der großen Erfinder ist nicht immer erfreulich gewesen; die Welt pflegte ihnen ihre geistigen und technischen Eroberungen mit Undank zu lohnen. Teppus des elend behandelten Untertans, der zum Dienst für seinen Fürsten gepreßt wurde, ist immer der „Goldmacher“ gewesen, der, zwischen Heremmelster, Scharlatan und Erfindergente gefährlich pendelnd, seine eigentliche Aufgabe, den Stein der Weisen zu entdecken, bis heute nicht hat lösen können, dafür aber, betrogenen Betrüger oder romantischer Phantast mit dem idealistischen Glauben, oft mit einem scharfen Ende, Gefängnis und Martertod die unaussprechliche Enttäuschung seines Herrn und Kerkermeisters hat büßen müssen.

Johann Friedrich Böttger, der Erfinder des Porzellans in Europa, Wohlthäter des 18. Jahrhunderts, dessen Kolokolnunft ohne die verpöbelte Grazie des Meissener Porzellans nicht gedacht werden kann, ist ursprünglich doch ein Goldmacher gewesen und hat dessen Geschäft gründlich ausgetostet. In Schütz am 4. Februar 1682 geboren, kam er früh nach Berlin in die Beche eines Apothekers und geriet sehr bald auf den alleseitig beliebten Weg der Goldmacherei. Das Unglück wollte, daß ihn vor Zeugen die Herstellung einiger synthetischer Goldproben gelang; mit dem Augenblick, da diese Tatsache an die Oeffentlichkeit drang, war ihm Leben und Freiheit nicht mehr sicher. Denn so widersinnig ging das Dasein mit dem schöpferischen Menschen um, der neue Werte hervorbringen verspricht, daß er nicht mehr sich selbst gebürte, sondern Objekt, willenloses Werkzeug und furchtbar bewachter Sklave des jeweiligen Landesherren wurde, der auf ihn und seine verlockende Kunst die schwere Hand des Despoten legte, damit nicht etwa der Nachbar die kostbaren Eigenschaften des Mannes mit dem Stein der Weisen sich aneignen. Böttger beschränkte, in Bewehrung des Königs von Preußen zu geraten; er stieß auf kurfürstliches Gebiet, aber hier erreichte ihn sein Schicksal, der Kurfürst von Sachsen und König von Polen, August der Starke, ließ ihn aufheben und nach Dresden verbringen. Dort mußte er nun, zumest in den Kalemarien der Venusstafel an der heutigen Brühlischen Terrasse, für den ewig gebührenden großen Verschwendungskönig dem Geheimnis jener Umwandlung unedler Stoffe in das allgehehrte Gold in vierzehn Jahren der Gefangenenschaft nachgehen.

Er hat auf eine wahrhaft königliche Weise für seine Sklaverei gedankt. Gold konnte er selbstverständlich nicht zaubern. Allein, angeregt von dem berühmten Physiker E. W. von Tschirnhausen, beschäftigte er sich mit der Herstellungswaise des Porzellans, das schon viele Jahrhunderte zuvor von den Chinesen erfunden und damals massenweise nach Europa importiert wurde. Gerade der Dresdener Hof gab große Summen für chinesisches Porzellan aus; wenn es glückte, dieses im eigenen Lande herzustellen, so war damit in gewissem Sinne auch der Stein der Weisen gefunden, dessen Auswirkung fast so lukrativ werden konnte, wie die des Goldes selbst.

Im Jahre 1708 gelang Böttger in der Tat die Herstellung der maßlosen weißen Porzellanmasse, und fast zu gleicher Zeit die des roten chinesischen Steingutes, das ebenfalls hohen Ruf genoss. Seltsamerweise ist sein Name mit dieser braunroten Masse enger verbunden worden, so daß man bisweilen darüber sein unvergleichlich größeres Verdienst um das echte Porzellan beinahe vergessen hat. Vielleicht liegt das daran, daß er technisch wie künstlerisch sich in besonders starkem Ausmaß mit der Gefaltung des braunroten Geschirrs abgab, dessen Form nun mit seiner eigenen Tätigkeit enger verknüpft wurde. Er hat ihn durch Schüssel, Schneiden, Glasuren und Zusatz von Emaillefarben einen hohen Grad keramischer Zielartigkeit und Schönheit und damit zugleich einen von der Art des chinesischen Steingutes wesensverschiedenen Charakter gegeben. Auch an der Formung des weißen Porzellans ist der große Erfinder nicht unbeteiligt geblieben, obwohl hier in der ersten Periode, solange Böttger lebte, und auch noch später unter Herold in der Gefäßbildung das Muster des barocken Silbergeräts, in der Dekoration der chinesische Einfluß maßgebend blieb. Der eigentliche Modeformer war der Goldschmied Irmingar. Die früheren Meissener Porzellane zeigten sich zwar in der technischen Ausbildung, in der chemischen Beschaffenheit der Masse, im Stand und in der Dekoration meist schon als vollgültigen Ertrag der chinesischen Vorbilder; künstlerisch aber bedeuteten sie nur eine Art Vorstufe, die mehr vom Kuriositäts- und Sammlerwert, gesehen von der Höhe dessen, was man unter „Art-Reliquen“, im Geiste des Rokoko, versteht. Schließlich war Böttger von Haus aus Apotheker und Alchimist

Erke: Heimat im Sande

Weit abseits von Untergrundbahn und Autobus, am äußersten Rande der Weststadt, geht das steinerne Reer der Hochhäuser und Mietkasernen in ärmliche kleine Hütten über. Oft sind sie durch einen breiten Gürtel von Feldern, durch einen letzten Rest von kümmerlichem Föhrenwald oder durch Heide- und Sandflächen getrennt von den gepflasterten Straßen, den hochragenden Häusern und der betrieblichen Geschäftigkeit der Läden und Warenhäuser. Manchmal ist der Uebergang aber auch unvermittelt, und dann treten die Gegenstände zwischen der Sauberen Solennität und den modernen Großstadthäusern, zwischen der Welt der Armut, des Mangels, des Ringens um ein kleines Stück Sicherheit, um einen menschenwürdigen Unterschlupf, der mit eigener Hand gezimmert wird und den von Hochleuten gebauten, neuzustellenden Siebelungen mit ihren Linien der neuen Sachlichkeit, ihren gepflegten Grünflächen erbarungslos und scharf hervor.

Oft sind es jämmerliche Bretterbuden, die von den Bewohnern mit Hilfe von Dachpappe und billigem Baumaterial notdürftig zusammengenagelt wurden. Oft sind es windstiefel, schlecht berechnete, schlecht gebaute Unterstände, durch deren Lücken und Ritzen der Schnee dringt, durch die der Sturm pfeift und der Regen tröpfelt.

Hier wohnen Zugezogene aus allen Teilen Deutschlands. Im Häusermeer fanden sie keinen Unterschlupf, der ihren kümmerlichen Mitteln entsprochen hätte. Andere wählten dem erdrückenden Ansturm der Weststadt aus und suchten in dem kleinen Grundstück einen Ertrag für die verlorene Scholle, für den weiten Raum der fernem Heimat. Arbeitslose aller Berufs, seit Wochen, seit Monaten hinausgestoßen in Leere und Sinnlosigkeit eines unausgefüllten Lebens, wagen hier den großen Versuch, aus eigener Kraft, nur im Vertrauen auf sich selbst und ihre harten, arbeitgewohnten Hände, ihrem Dasein wieder einen Sinn zu geben.

Und endlich wohnen da und dort solche, die noch das Glück haben, in Lohn und Brot zu stehen, junge Arbeiter, deren Berufsstätten weitab liegen, am anderen Ende der Großstadt oder in einem weiten Fahrstüchlande der Ebene, des Hinterlandes, wo noch vor wenigen Jahren das Korn wogte. Schlaftaumelnd treten die Männer vor Tag aus den kleinen Läden hinaus in das lastende Dunkel der Winterfrühe und machen sich eilig auf den weiten Weg, der sie zu Fuß oder mit dem Rad zum nächsten Bahnhof oder zu einer Haltestelle städtischer Verkehrsmittel bringt. Tagsüber sind Hände und Gähnen eingespannt in den unerbittlichen Rhythmus der Fabrik. Seltener nur bleibt Zeit und Raum für die Gedanken, hinauszuwandern und sich an das kleine Stück Scholle, draußen vor den Toren der Weststadt, zu klammern.

Es ist ein armseliges fleisches Sandboden, das höchstens einige Zentner Kartoffeln und etwas Gemüse abwirft, eine dürre, unfruchtbare Heidefläche. Aber für den Mann an der Maschine, dessen Schlafes pochen von der Hitze und dem Dunst der Werkstätte, vom Hämern und Dröhnen der Maschinen, ist dieser Sandboden die Heimat. Während seine Hände den stählernen, ratternden Ungeheuern um ihn her Rahrung geben, während der Schweiß tiefe Furchen zieht in das von Staub und Schmutz und Ruß bedeckte Gesicht, steigt sie vor ihm auf wie ein ferner, unwirklicher Traum. Noch ist sie kalt und tot, öde und ungepflegt, seine Heimat. In den Ackerfurchen liegen Eis und Schnee, und die beiden Apfelbäume sind trostlose, nichtsfagende Ruinen, die kalt und gelpentig in das trübe Dunkel der Wintertage starren. Der rostbedeckte Zaun ist mit Draht gefüllt, die Gartenstiege besteht aus wenigen, ungehobelten, farblosen Latten. Und die Laube selbst ist nur eine winzige Hütte mit einem niederen Zimmer und einer kleinen, verräuchernden Küche. Das Grün der Fensterläden, das Weiß der Latten, die in regelmäßigen Abständen die Ritzen der Dachpappe, aus denen die Außenwände bestehen, überdecken, das helle Gelb der selbstgezimmerter Bank vor der Hütte sind längst verwachsen vom Regen und Schnee. Aber für den Mann an der Maschine beginnt hier draußen sein Eigendasein. Hier kann er schaffen und walten nach eigenem Willen und Geschmack, nach bestem Können und nach Maßgabe seiner Kräfte. Hier ist er niemand untertan als sich selbst.

Im Frühling werden Flieder und Hollunder um die Laube blühen, weiße und rote Heckenrosen werden das ärmliche Tor umranken. Und der Mann an der Maschine wird dann draußen auf der Bank sitzen und Pläne spinnen, wie es werden soll — irgendwann einmal, in einer fernem Zukunft, wenn die Kinder erwachsen sind und die Sorge um das Heute, das Notwendigste, nicht mehr wie eine schwere Last auf den Schultern ruht. Dann wird er hier ein kleines Haus aus Stein bauen, in lichten Farben, auf festem, soliden Fundament und mit einem Ziegeldach, dem Wind und Wetter nichts anhaben können. Auf dem schmalen Ackerriemen wird Platz sein für Nissen und Ästern, für rote duftende Rosen und hochragende, fremdartige Staudengewächse von geheimnisvoller Schönheit. Eine bessere, schönere Zeit — so spiegelt sie ihm dieser zarte, heimliche Traum vor, der vielleicht für immer ein Wunschtraum bleiben wird.

Jetzt aber ruht Schnee weiß und kühl auf der kleinen Hütte. Mangel und Sorge, notdürftig besetzte Fensterläden, schlecht sitzende Türen, geflickte Rohre, verwachsene Farben — alles das ist geheimnisvoll verschönt. Der ärmliche, selbstgezimmerter Bau aus ungehobelten Brettern, aus Latten, Dachpappe und Weißblech hat sich in ein anheimelndes, kleines Haus verwandelt, das sich sanft und zart mit bläulichweißen Färbungen den Ackerfurchen anschließt. Am Abend fällt der Schein einer Lampe durch das Fenster und läßt die Kristalle aufleuchten, die Reif und Risse den dunklen Kronen der Bäume, den grauen Ackerhöfen und dem holprigen, ungepflegten Gartenweg aufsprüht haben. Ueber diesem Stück Erde, der von Traum und Sehnsucht umwobenen Heimat eines Renzlers des 20. Jahrhunderts, wölbt sich, wie vor Jahrtausenden, das Weiß der Himmel mit wehenden, stürmischen Wolken und treifenden Gestirnen.